

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juni 1983

Evangelische Verantwortung

Heft 6/1983

Luther und die Deutschen

Walter Wallmann

Martin Luther ist zu einem gesamtdeutschen Thema geworden. Dies wird deutlich, wenn man sieht, wie das Thema Martin Luther in der DDR behandelt, wie seine Persönlichkeit und sein Wirken heute im anderen Teil Deutschlands dargestellt werden.

Luther aus gesamtdeutscher Sicht – das Thema hätte vor wenigen Jahren Kopfschütteln hervorgeufen, denn die historische Persönlichkeit Luthers war in der DDR in den vergangenen 30 Jahren in den großen Abfallkorb des Vulgärmarxismus gefallen. Martin Luther besaß für die kommunistischen Machthaber eine negative, bestenfalls gar keine Bedeutung. Typisch für diese Haltung war die Feststellung des ehemaligen Kultusministers der DDR, Alexander Abusch. Nach seiner Meinung war Martin Luther über die Jahrhunderte hinweg die maßgebende geistige Figur der deutschen Gegenrevolution. Abusch übernahm Börnnes Urteil aus dem Jahre 1836: „Die Reformation war die Schwindsucht, an der die deutsche Freiheit starb, und Luther war ihr Totengräber.“ Mit diesen Feststellungen hatte es jahrelang sein Bewenden.

Usurpation Luthers durch die DDR

Doch gerade in jüngster Zeit erleben wir eine Neubewertung der deutschen Vergangenheit durch die DDR. Der Versuch der Inbesitznahme, der Aneignung der preußisch-deutschen Geschichte durch die DDR ist heute eine Tatsache. Das Thema – oder besser die Frage – nach Persönlichkeit, Bedeutung und Wirkung Luthers für die gesamtdeutsche Situation ist daher politisch von großer Aktualität. Auch deswegen darf die Bundesrepublik Deutschland eine Entwicklung nicht lediglich zuschauend hinnehmen, mit der das nationale deutsche Erbe von der DDR okkupiert werden soll. Die langfristigen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, vor allem für

junge Menschen, die ja Fragen nach unserem geistigen, politischen und historischen Standort an uns richten, und beantwortet wissen möchten, wären fatal. Das Bemühen von Partei und Staatsführung der DDR ist offenkundig: Zuerst wurden einige preußische Reformer von 1808 als Vorläufer des realen Sozialismus dargestellt. Nunmehr hat mit der Biographie von Ingrid Mittenzwei über Friedrich den Großen auch eine Neubewertung der preußisch-deutschen Geschichte in ihrer Gesamtheit eingesetzt. Friedrich der Große, die Königin Luise, Bismarck und im Vorlauf zum Luther-Jahr nunmehr auch der große Reformator, werden von der DDR in Anspruch genommen. Typisch hierfür erscheint mir die Neubewertung Martin Luthers durch Honecker, der zur Vorbereitung der Luther-Feiern in der DDR unter anderem sagte: „Unsere Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger würdigen seine Persönlichkeit, sie würdigen die historische Leistung, die er durch die Einleitung der Reformation, welche eine bürgerliche Revolution darstellte, für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Weltkultur vollbracht hat. ... Gerade die umfassenden Wandlungen unserer Zeit fordern Parteinahme für das Historisch-Fortschrittliche, Vernünftige und Menschliche. Martin Luther war einer der bedeutendsten Humanisten, deren Streben einer gerechteren Welt galt.“ Dieser Wandel in der Beurteilung ist schon erstaunlich, und wir müssen die Gefahr erkennen, die in dieser neuen Einstellung der SED zu unserer Vergangenheit liegt. Die SED unternimmt nämlich den Versuch, eine Antwort auf die Frage nach der deutschen Identität zu finden, die auch in der Bundesrepublik akzeptiert wird. Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß die deutsche Frage neu aufgeworfen wird, national wie international. Wenn wir diese geistige Auseinandersetzung bestehen wollen, muß die erneut gestellte Frage auch von uns beantwortet werden.

Und noch etwas sollten wir zur Kenntnis nehmen: Die deutsche Frage wird heute besonders lautstark von „links“ gestellt. Das ist nicht einmal neu, wie das Beispiel Ernst Niekischs und des sogenannten Natio-

Dr. Walter Wallmann ist Oberbürgermeister von Frankfurt und Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union in Hessen.

nalbolschewismus in den dreißiger Jahren zeigt. Und sie wird heute in der Bundesrepublik ganz bewußt von Sozialdemokraten, z. B. Bahr, Glotz und Grass in die öffentliche Diskussion gebracht. Formulierungen – etwa auf Wahlplakaten wie „im deutschen Interesse“ – sollen eine latent vorhandene Stimmung auffangen, aber auch politisch nutzbar machen. Und diese Frage wird allzuoft – mag das auch noch so schizophoren erscheinen – nicht in erster Linie gegen die kommunistische Welt, sondern gegen den Westen, vor allem gegen die USA gerichtet. Ich bin davon überzeugt, daß die deutsche Frage größere Kreise bewegt, als viele annehmen. Und dabei handelt es sich keineswegs nur um sogenannte „Bürgerliche“. Wenn wir z. B. Intellektuelle, Theaterleute usw. nicht verlieren wollen, so müssen wir selbst eine glaubwürdige politische Antwort geben.

Luther und seine Wirkungen

Und dazu gehört auch die Frage: was ist uns Luther heute? Denn, daß es sich bei dem Wittenberger Reformator – nicht nur im theologischen und kirchlichen Bereich – um eine Zentralgestalt der deutschen Vergangenheit handelt, deren Wirkung den Verlauf unserer Geschichte entscheidend mitbestimmt hat, darüber, glaube ich, gibt es keinen Zweifel. Luther hat Wirkungen ausgelöst, die wir heute noch spüren, die hineinspielen in die Auseinandersetzung um den zukünftigen Weg Deutschlands, um Wiedervereinigung und Westorientierung. Es genügt daher nicht, wenn wir den Luther-Feiern in der DDR mit eigenen Veranstaltungen unter dem Motto begegnen, man könne nicht abseits stehen, wenn in der DDR gefeiert wird und Luther sei eben einer unserer Großen, der seinen Platz im Pantheon verdient habe. Wir müssen Luthers Werk in seinen Wirkungen auf Deutschland in der Vergangenheit und ebenso ehrlich auch mögliche Gefährdungen, die unter Berufung auf ihn für die Zukunft entstehen können, bestimmen. Dabei dürfen wir uns nicht davor fürchten, auch Kritisches zu sehen, selbst wenn in Mansfeld und Eisleben, in Wittenberg und Eisenach neuerdings nur Lob erklingt.

Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß eine politische Würdigung Martin Luthers Probleme hat. Denn zuallererst war Martin Luther Theologe, dessen lebenslanges Suchen nach einer Antwort auf die Frage, wie verschaffe ich mir einen gnädigen Gott, eine alte Kirche reformiert und eine neue geschaffen hat. Luther, das ist natürlich zuerst der aus seinem Gewissen heraus innerlich und frei handelnde Mensch, der allein und ohne Vermittlung durch Institutionen, durch Traditionen oder persönliche Leistungen seinem Gott gegenübersteht. Luther, das ist für den evangelischen Christen die persönliche Glaubenserfahrung durch das Wort Gottes, das ist die Hoffnung auf Gnade aus Liebe. Ich will es mit diesen wenigen Bemerkungen bewenden lassen. Denn dies ist eine theologische und eine persönliche Thematik, aber noch keine politische Fragestellung.

Doch, und darüber gibt es wohl ebenfalls keine Meinungsverschiedenheiten, aus Luthers Lehre und

Wirken haben sich für Deutschland politische Fragen ergeben, die nicht nur positiv waren. Aus ihr sind – und das müssen wir auch als evangelische Christen ehrlich eingestehen – schwerwiegende Konsequenzen für unser Volk entstanden. Dieser Feststellung muß allerdings eine weitere hinzugefügt werden: Gerade komplexe Sachverhalte und Zusammenhänge beruhen niemals auf monokausalen Ursachen. Jede Ursache ist ja in der Regel die Konsequenz vorangegangenen Tuns oder Unterlassens, beruht also ihrerseits auf Ursachen.

Das gilt auch und besonders für Luther. Seine Lehre und sein Wirken sind nicht denkbar ohne die Bedingungen, unter denen er leben mußte und die sein Handeln – das ja nicht zuletzt auch Reaktion war –, seine Überzeugungen und seinen Glauben mitprägten und -bestimmten. Und letztlich können auch die Größten einer Zeit alle Konsequenzen ihrer Entscheidungen und Handlungen nicht voraussehen. Ich habe in anderem Zusammenhang – nämlich bei Verleihung des Adorno-Preises an Jürgen Habermas – einmal gesagt, Schuldvorwürfe gegen jene zu erheben, die gewagt haben, kritisch zu denken, bedeutet das Ende des kritischen Denkens überhaupt. Um es also ganz klar zu sagen: Sich kritisch mit Luther aus gesamtdeutscher Sicht auseinanderzusetzen, heißt, nach seinen Wirkungen auf die Deutschen in einer historischen Perspektive bis auf den heutigen Tag zu fragen, die Chancen und Gefährdungen zu untersuchen; heißt aber nicht, Schuld zuzuweisen.

Luther und der deutsche Sonderweg

Mit dieser Nüchternheit und ohne andere, mit Sicherheit ebenso vorhandene Kausalzusammenhänge außer Acht zu lassen, müssen wir folgendes feststellen: Mit Luthers Reformation hat die endgültige Auflösung des alten, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation begonnen. Denn es hatte mit der Reformation seine innere Rechtfertigung verloren. Ein Reich, dessen kunstvolle aber auch künstliche Formen zwar schon überständig waren, das aber noch immer ein Notdach für verschiedene Völkerschaften mit einem Glauben war. Allein die transzendente Idee eines katholischen Kaisertums vermochte die unterschiedlichen Herrschaftsgebilde, aus denen sich das Reich zusammensetzte, zusammenhalten. Luther war kein Politiker. Er hat diese Folge weder bedacht noch gewollt. Er wollte die Kirche reformieren, nicht das Reich zerstören. Es war ihm natürlich auch nicht bewußt, daß es, und dies ist unsere große Tragödie, letztlich für dieses Reich in Mitteleuropa keinen Ersatz gab. Denn anders als in Frankreich oder England lebten hier verschiedene Völker miteinander und nebeneinander in Räumen und Staatsgebilden, die nicht scharf abgegrenzt waren. Erasmus, seinem großen Gegner, war dieses Reich näher. Sein skeptischer Humanismus begriff den Wert dessen, was hier zerstört wurde. Er behielt recht mit jener Vorhersage, die er Luther zurief: „Wenn Du furchtbare Wirrnisse in der Welt wirst entstehen sehen, dann denke daran, daß Erasmus sie vorausgesagt hat.“ Der 30-jährige Krieg, mit sei-

ner Folge wirtschaftlicher und politischer Rückständigkeit und die Ausbildung der deutschen Territorialstaaten waren das Erbe der Reformation.

Und doch schuf Luther zugleich mit der Zerstörung der alten die Grundlage für eine neue Einheit. Die Bibelübersetzung schenkte uns die deutsche Sprache und damit den Stoff, aus dem im 18. und 19. Jahrhundert die deutschen Dichter und Philosophen den Anspruch der Kulturnation Deutschland auf eine neue deutsche Einheit begründeten. Dies war die Voraussetzung, das in der Reformation Verlorengangene, das Zerspaltene, unter anderen Bedingungen noch einmal zusammenzufügen und zusammenzuschweißen. Wiederum war das neue deutsche Reich Bismarcks ein kunstvolles und künstliches Gebilde, das unter den Händen der Nachfolger Bismarcks erneut zerbrach. Luther, so wird man feststellen müssen, hat mit der Reformation eine wesentliche Voraussetzung für jenen schwierigen deutschen Sonderweg geschaffen, der die Deutschen zur verspäteten Nation werden ließ. Wir verloren damit die Möglichkeit, einen selbstverständlichen Nationalstaat, sei er protestantisch wie in England, sei er katholisch wie in Frankreich, zu begründen.

Luther und die deutsche Innerlichkeit

Dieser Sonderweg hat uns spezifisch deutsche Probleme beschert, mit denen wir auch noch heute leben. Sie haben es unseren Nachbarn in der Vergangenheit oft schwierig gemacht, und machen es ihnen auch heute noch häufig genug schwer, uns Deutsche zu verstehen. Das spiritualistische Erbe Luthers hat uns auf der einen Seite bedeutende kulturelle Leistungen geschenkt. Der deutsche Idealismus, die deutsche Klassik, Kant und Goethe, Bach und Beethoven sind ohne Luther nicht vorstellbar. Was wir für uns selbst nicht gewinnen konnten, und was uns die Welt verweigerte, den deutschen Nationalstaat, das haben wir uns in der Welt des Geistes erobert.

Das Prinzip der protestantischen und der deutschen Innerlichkeit ist – wie der Historiker Thomas Nipperdey zu Recht festgestellt hat – das lutherische Lebensthema. Während in Frankreich der Hof und in England das Landhaus Mittelpunkt des geistigen und kulturellen Lebens wurden, war es in Deutschland – jedenfalls im protestantisch gewordenen Teil Deutschlands – das lutherische Pfarrhaus. Robert Minder hat überzeugend von der Wirkung des Pfarrhauses auf die deutsche Literatur geschrieben und der deutsche Roman von Jean Paul bis zu Raabe und Fontane liefert reichlich Beweise dafür. Doch der moralische und geistige Einfluß des Pfarrhauses auf das Bürgertum war – wie Gordon Craig zu Recht feststellt – nicht weniger stark. Herder und Nietzsche kamen aus diesem Umfeld. Und hier müssen wir auch die Ursache dafür suchen, daß sich das deutsche Bürgertum weniger für politische Ziele interessierte, als das Bürgertum in England oder Frankreich.

Doch dies begründete in der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte auch jenen Zug ins Separat-

tistisch-Antirömische, ja ins Antieuropäische, Antiwestliche. Was als evangelische Freiheit, als geistliche und geistige Emanzipation begann, führte – nicht zwangsläufig und von anderen Entwicklungen mitverursacht, das möchte ich ausdrücklich betonen – zu jenem deutschen Anspruch auf einen kulturellen Sonderweg. Es war der Weg zwischen Rationalismus und Aufklärung des Westens auf der einen und dem christlichen Mystizismus eines Dostojewski oder des späten Tolstoi auf der anderen Seite. Der Historiker Heinrich von Treitschke mit seiner Vorstellung von einem deutschen Gott steht hierfür ebenso wie „die Betrachtung eines Unpolitischen“ von Thomas Mann mit ihrem Gegensatz zwischen deutscher Kultur und westlicher Zivilisation. Martin Heidegger ist hier so gut zu nennen, wie Ernst Niekisch. Ohne diesen Zug des deutschen Protestantismus zu einem kulturellen wie politischen Sonderweg, hätten sich die anderen Ursachen, die in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg zu jener antiwestlichen Stimmung führten, kaum, zumindest sehr viel schwerer, durchsetzen können.

Das lutherische Sozialideal der – wie Thomas Nipperdey schreibt – „naturwüchsigen oder historisch gewachsenen Gemeinschaft“ stand im Widerspruch zum Gesellschaftsbegriff der westlichen Demokratien, und antizipierte jene Feindschaft gegen das pragmatische England, die die Niederlage des Reiches im Krieg angesichts der Entente von Rußland und Frankreich vorprogrammierte. Diese politische Entwicklung hatte – und das sollten wir uns heute durchaus eingestehen – etwas mit der geistig-geistlichen Abkoppelung des deutschen Protestantismus vom Westen, von Aufklärung und Rationalismus zu tun. Michael Stürmer hat in seinem großen Buch über das Kaiserreich, das „ruhlose Reich“, wie er es nennt, dieses Sich-nicht-entscheiden-können zwischen West und Ost, diese letztlich aus emotionalen Gründen getroffenen Entscheidungen gegen England, als den entscheidenden politischen Fehler bezeichnet. Ich wage zu sagen, daß diese damals in unserem Volk weitverbreitete Haltung ihre Stütze in jener deutschen Innerlichkeit hatte, die sich ganz instinktiv für das Gemüt und gegen den Intellekt und damit auch gegen den Pragmatismus westlichen Denkens entschied.

Ich habe dies hier so ausführlich dargestellt, weil wir an die Stelle Englands um die Jahrhundertwende nur das Amerika des Jahres 1983 setzen müssen, um die Parallelen zu sehen. Auch heute macht sich wieder eine diffuse antiwestliche, dem kapitalistischen Amerika gegenüber feindliche Stimmung breit, die sich bewußt auf das sozial-utopische Gemeinschaftsideal beruft und die das lutherische Innerlichkeitspathos und die protestantische Gesinnungsethik für sich in Anspruch nimmt und diese bewußt oder unbewußt gegen verantwortliches Handeln aus rationaler Einsicht im Sinne Max Webers ausspielt.

Luther und die protestantische Unruhe

Und hier berühren wir eine dritte Problematik des lutherischen Erbes „Machtgeschützte Innerlichkeit“, wie sie Thomas Mann einmal nannte, steht im Luther-

tum fast unvermittelt neben jener protestantischen Arbeitsethik, die nach 1870 zu einer Dynamisierung und Säkularisierung von ungeahnten Ausmaßen führte. Erst dieser protestantische Modernitätsschub gab dem Deutschen Reich die industrielle und wirtschaftliche Grundlage, die es zu einer Macht werden ließ, die von unseren Nachbarn als Bedrohung empfunden wurde.

Die Umformung und Modernisierung Deutschlands in den letzten 100 Jahren ist ganz wesentlich vom lutherisch-protestantischen Bevölkerungsteil geprägt worden. Säkularisierung und innerweltliche Transzendenz, die Tendenz zur Selbstverwirklichung des einzelnen, das waren und sind, so Thomas Nipperdey, Elemente protestantischer Mentalität, die diese Dynamik begründeten. Doch diese Dynamik, die Institutionen und Traditionen kritisch gegenübersteht, barg zugleich auch die Gefahr einer Anfälligkeit für weltanschauliche Modetrends. Ich glaube, es hat nicht nur an der vielberufenen Fehlentwicklung der protestantischen Landeskirchen gelegen, daß gerade der Protestantismus besonders anfällig für Weltanschauungen wie den Nationalismus, den Sozialismus oder gar den Nationalsozialismus war. Dies hat, so denke ich, etwas damit zu tun, daß Traditions- und Autoritätskritik, die aus protestantischem Personalismus und Innenleitung resultieren, als Teil des lutherischen Erbes uns Deutsche immer wieder dazu verführt haben, eine vermeintlich gerechte Welt schon hier auf Erden einrichten zu wollen.

Die „protestantische Unruhe“ suchte nach Lösungen für Probleme, mit denen sich andere Völker eingerichtet hatten in der Erkenntnis, daß es dafür keine einfachen oder gar keine Lösungen gab. Die „protestantische Unruhe“ suchte immer nach dem großen gesellschaftlichen Wurf, nach dem einen archimedischen Punkt, von dem aus der freie Christenmensch die Übel der Welt kurieren könne. Daß wir

Deutschen dabei Irrwege gegangen sind, steht außer Zweifel. Auch hier war und ist das lutherische Erbe zugleich Chance und Gefährdung. Es hat uns die geistige und moralische Kraft gegeben, nach einer nationalen Katastrophe neu zu beginnen, es bringt uns aber auch immer wieder in die Gefahr, unsere Möglichkeiten zu überschätzen. Michael Stürmer hat es in seinem bereits zitierten Buch so ausgedrückt: eine Leiter an den Himmel zu stellen und einen halbsbrecherischen Aufstieg zu versuchen.

Dies macht auch verständlich, warum zwei unserer größten deutschen Dichter in der Persönlichkeit Luthers mehrere Möglichkeiten für die Deutschen angelegt sahen. Heinrich Heine nannte ihn in seiner Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland „nicht bloß den größten, sondern auch den deutschesten Mann unserer Geschichte...; in seinem Charakter sind alle Tugenden und Fehler der Deutschen aufs Großartigste vereinigt.“ Und Thomas Mann sprach unter dem Eindruck der deutschen Katastrophe von 1945 davon „daß Luther ein ungeheuer großer Mann war, groß im deutschesten Stil, groß und deutsch auch in seiner Doppeldeutigkeit als befreiende und zugleich rückschlägige Kraft, ein konservativer Revolutionär.“

Wenn wir uns dieser Ambivalenz bewußt bleiben, dann müssen die Lehren für die Zukunft lauten: Auch das protestantische Deutschland darf sich nie wieder vom Westen abwenden. Ein erneuter deutscher Rückzug in das Gehäuse „machtgeschützter Innerlichkeit“ hätte die Auslieferung unseres Landes an die „Schutzmacht“ Rußland zur Folge. Und schließlich: Notwendige Reformen und Modernitätsschübe dürfen sich, wenn sie nicht außer Kontrolle geraten sollen, nur im Rahmen jener demokratischen Institutionen vollziehen, die wir nach 1945 mit so viel Mühe errichtet haben.

Zentralamerika vor der Entscheidung

K. Rüdiger Durth

K. Rüdiger Durth ist der Parlamentsredakteur der „Kölnischen/Bonner Rundschau“ und besuchte im April Venezuela, Guatemala, Nicaragua und El Salvador. Er sprach mit den unterschiedlichsten Führern von Parteien, Regierungen, Militärs – und selbstverständlich den einfachen Menschen auf der Straße. Den Abschluß der Reise bildeten Gespräche in Washington, wo es sehr unterschiedliche Meinungen zwischen Demokraten und Republikanern über die zentralamerikanische Politik gibt.

„Willkommen in der Heimat der Sandinisten“. Das große Transpa-

rent auf dem Flughafen von Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, begrüßt den Fremden bereits im Landeanflug. Vielen, meist jüngeren Besuchern aus Europa schlägt das Herz höher. Denn ihnen ist das „Land der Seen und Vulkane“ zu einem neuen Mekka menschlicher Freiheit geworden, das gegen den nordamerikanischen Geheimdienst CIA, unverbesserliche Somozisten und die kapitalistischen „Reaktionäre“ verteidigt werden muß. Das „Hoch die internationale Solidarität“ mit der erhobenen Faust läßt die wahre Wirklichkeit leicht vergessen. Da übersieht man auch die

vielen Kanonen, die entlang der Landebahn aufgereiht sind.

Hinter dem wohlklingenden Transparent beginnt der Alltag. In kleinen Holzhäuschen haben sich die Kontrollbeamten versteckt. Man sieht sie kaum. 30 Dollar in der verhaßten amerikanischen Währung sind pro Tag umzutauschen. Die Handschrift der ostdeutschen Berater ist unverkennbar. Das Flughafengebäude wirkt leer, hier und da Propaganda-Parolen. Nicas, wie sich die 2,7 Millionen Einwohner des Kaffeelandes zwischen den beiden Ozeanen selbst nennen, sind kaum zu sehen. Den meisten ist

das freie Reisen verboten. Eine junge Frau ist den Tränen nahe. Sie hat zwar alle Papiere, doch immer neu muß sie die Formulare ausfüllen. Die kleine Tochter wird ungeduldig, rennt herum. Was hilft's? Zum x-ten Mal füllt sie Fragebogen aus.

Auf der Fahrt in die 500 000-Einwohner-Stadt leuchten von fern die weißen Buchstaben FSLN, die auf einem Berg angebracht sind. Sie stehen für die sandinistische Bewegung, die nach dem Sturz des Rechtsdiktators Somoza 1979 die Macht im Land übernommen haben. Überall noch die zerstörten Ruinen des Erdbebens von 1972 und des Bürgerkriegs 1979, dem allein 50 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Das Zentrum besteht mehr oder weniger aus einer öden Wiese. Somoza baute Managua, trotz großer internationaler Hilfe, nicht wieder auf. Fast einsam das Intercontinental-Hotel, vom Erdbeben verschont geblieben und zwischenzeitlich verstaatlicht. In der Ferne die Ruinen der Kathedrale.

Die Versorgungslage wird immer schwieriger. Grundnahrungsmittel sind knapp geworden. Auch nach Seife steht man an. Die Menschen machen einen ernsten Eindruck, gehen dem Gespräch mit dem Fremden aus dem Weg. Die Angst vor der Geheimpolizei ist groß. Ein befreites Land? Die Sandinistische Führung hat sich verschanzt. Commandante Daniel Ortega (37), Chef der Junta, lebt in einer Festung. Selbst die Kugelschreiber läßt er bei der Eingangskontrolle auseinandernehmen.

Enttäuschte Erwartungen

Inzwischen stehen 130 000 Mann unter Waffen. Und jeden Tag werden es mehr. Nur zu gern fallen die westlichen Sympathisanten der Sandinisten auf die Parolen der Junta herein, man müsse sich gegen den „unerklärten Krieg der Amerikaner“ (Außenminister D'Escote) verteidigen. In der Tat: das leidgeprüfte Volk sieht sich neuen militärischen Auseinandersetzungen gegenüber. Im Norden des Landes, nach Honduras hin, werden die Kämpfe mit den sogenannten Contras (wahrscheinlich 5 000 bis 7 000 Mann stark) härter. Die Zahl der

Toten wird immer größer. Im Süden, nach Costa Rica hin, wird es ebenfalls unruhig. Hier ist das „Kampfgebiet“ des legendären Commandante Eden Pastora, der sich von seinen einstigen sandinistischen Gefährten abgesetzt hat und sie nun mit Waffengewalt bekämpft. Für die Herrscher in Managua ist er ein „Verräter“, ein „Agent des CIA“, aber vor ihm haben sie – trotz seiner wenigen hundert Mann starken Truppe – Angst. Denn Pastora ist populär im Volk, gilt als Freiheitsheld und hat es sich zum Ziel gesetzt, die ursprünglichen Ideale der sandinistischen Bewegung durchzusetzen.

Ortega und seine Mitstreiter haben sich der marxistisch-leninistischen Lehre verschrieben. Als nach dem Sturz Somozas Amerika enorme Wirtschaftshilfe in das stets ausgebeutete Land lieferte, kaufte man Waffen im Ostblock, holte sich Berater von dort, versuchte man, das Volk umzuerziehen. Die Miskito-Indios wurden zwangs-umgesiedelt, die weltweit gelobte Alphabetisierungs-Kampagne diente zugleich auch der kommunistischen Lehre. Statt Brot kamen Waffen ins Land, statt Freiheit kam die Geheimpolizei, statt Mitbestimmung die Ostblock-Berater. Und Ortega dreht die Schrauben immer fester an.

Die katholische Kirche, die sich gegen Somoza – vielleicht zu spät – auflehnte, leistet auch jetzt inneren Widerstand. Erzbischof Miguel Obando y Bravo prangert die neuen Menschenrechtsverletzungen an und gilt deshalb ganz offiziell als „Konterrevolutionär Nr. 1“. Steine werden in seine Messen geworfen, sein Auto wurde von Schlägertrupps der Sandinisten zerstört. Doch die ganz überwiegende Mehrheit der Katholiken hält zum Erzbischof, nicht zur „Volkskirche“, die nur wenige Anhänger zählt, aber hierzulande hochgejubelt wird.

Der Papstbesuch in Nicaragua öffnete den meisten Katholiken die Augen über die wahren Ziele der Sandinisten, die sich – wie viele vermuten – nur deshalb noch nicht zur Volksrepublik erklärt haben, weil sie dringend die europäische Hilfe benötigen, nachdem Amerika sie eingestellt hat. Man gibt sich nach außen noch „pluralistisch“ und kann selbst bei prominenten Mitgliedern der Sozialistischen In-

ternationale (SI) damit Eindruck schinden. Doch das Versprechen von freien Wahlen wird immer weiter aufgeweicht, in weite Ferne geschoben. Der Kampf gegen die Contras bildet die Ausrede, zumal im Land selbst ohnehin niemand mehr glaubt, daß die herrschende Junta die Macht freiwillig aus den Händen legt. Das Volk sieht sich in seinen Erwartungen an die Nach-Somoza-Zeit arg getäuscht.

Von Somoza will in diesem Land niemand etwas wissen, auch nicht diejenigen, die gegen Ortega kämpfen. Die Christlich-Soziale Partei (PSC) wird in ihrer Arbeit immer mehr eingeschränkt, zahlreiche führende Personen sitzen erneut im Gefängnis, die anderen werden ständig eingeschüchert. Ähnlich ergeht es der noch zur Diktatur Somozas ins Leben gerufenen Ständigen Menschenrechtskommission (CPDH). Sprecher dieser Gruppe: „Wir haben uns inzwischen an die Angst gewöhnt.“ Die Revolution frißt ihre Kinder.

Überlebenskampf in El Salvador

Nicaragua unterstützt ganz offen die Guerilleros des Nachbarlandes El Salvador, liefert ihnen die gewünschten Waffen, um die dort demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Aber diese Feststellung

Aus dem Inhalt

Luther und die Deutschen Walter Wallmann	1
Zentralamerika vor der Entscheidung K. Rüdiger Durth	4
Gedanken zum Problem der Arbeitslosigkeit Ekkehard Jakoby	9
Kurz notiert	11
Aus unserer Arbeit	12
Krise des Amtes? Gedanken eines Pastors über das Pastorenamt Burkhard Budde	13
Zur Diskussion gestellt: Friedenspolitik und Bergpredigt Heiner Geißler	14

reicht hierzulande schon aus, um wütende Proteste auszulösen. Denn was aus linker Sicht nicht sein darf, kann bekanntlich auch nicht sein. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß im März 1982 die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zur Wahlurne gegangen ist. Trotz massiven Drucks der linken Untergrundkämpfer. Daß es überhaupt in diesem ebenfalls ständig unterdrückten Land freie Wahlen gegeben hat, ist das Verdienst des Christdemokraten Napoleon Duarte.

Er trat 1980 an die Spitze einer militärbeherrschten Junta, der er dann die Wahlen abtrotzte. Obwohl Duarte 41 Prozent der Stimmen erreichte, verfehlte er die notwendige absolute Mehrheit und mußte sich dann einer konservativen Partei-Koalition in der Verfassungsgebenden Versammlung beugen. Für November oder Dezember sind nun erneut Präsidentschaftswahlen angesetzt worden. Das Volk soll selbst seinen Präsidenten auf fünf Jahre wählen und die jetzige „Regierung der nationalen Einheit“ ablösen. Duarte hat sich im April auf dem christlich-demokratischen Parteikongreß gegen seinen Konkurrenten, den 43jährigen Außenminister Fidel Chevez Mena, durchgesetzt. Er rechnet sich gute Chancen aus. Wahrscheinlich wird sein Hauptkonkurrent der junge „Arena“-Führer D'Aubuisson sein, ein Konservativer. Die el salvadorianischen Christdemokraten wollen eine umfassende Landreform durchführen und den Campesinos (Landarbeitern) endlich gleiche Rechte einräumen, die sie auch wirtschaftlich unabhängiger macht.

Duarte hatte bereits in der Junta mit der Landreform begonnen. Doch er stieß nicht nur auf Widerstand beim Militär, sondern auch bei den die Wirtschaft des fünf Millionen Einwohner zählenden Landes kontrollierenden Familien. Die jetzige Regierung – die von den USA gestützt wird – hat schwere wirtschaftliche Sorgen. Und sie muß gegen eine starke Untergrundbewegung kämpfen. Und gegen extreme Rechte, die durch ihre Todesschwadronen für immer neue Hilfe der extremen Linken sorgt. Die katholische Kirche stützt den Demokratisierungsprozeß, mischt sich nicht in die aktuelle Politik ein, prangert aber mutig Menschenrechtsverletzungen „von links und rechts“ an.

Sie kümmert sich um die Opfer der Terroranschläge, kümmert sich um die Flüchtlinge, die vor Militär und Guerilleros flüchten.

Die Regierung, die sich bemüht, die Menschenrechtsverletzungen in den Griff zu bekommen, ist besonders von Europa enttäuscht. Ihr (nicht falsches) Urteil: Man redet nur von den rechten Menschenrechtsverletzungen, nicht aber von den vielen Opfern der Guerilleros und schon gar nicht von unserem Bemühen, die Demokratie zu festigen.

Die ständigen Terroranschläge verunsichern die Menschen, aber auch die Investoren. Soll sich das fruchtbare Land (Kaffee, Baumwolle, Bananen, Landwirtschaft) wirklich erhalten, braucht es Hilfe. Die sozialliberale Koalition entzog sie ihm, während Nicaragua sich nicht zu beklagen brauchte. Auch der Botschafter wurde aus der Hauptstadt San Salvador abgezogen. Weil man seine Sicherheit nicht garantieren konnte. Erste Annäherungsversuche sind nach der Bonner Wende nun zu verzeichnen.

Doch hierzulande wird bei den meinungsbildenden El Salvador-Solidaritätsgruppen und der Sozialistischen Internationale noch immer die Meinung vertreten, es handele sich bei der Regierung um nichts anderes als eine Rechts-Junta. Genau das ist falsch. Auch die Amerikaner unterstützen nicht das rechte Militär, sondern wollen der demokratischen Regierung helfen. Aber da man das einfach nicht glauben will, darf das auch nicht sein.

Als im April in Managua unter mysteriösen Umständen eine führende el salvadorianische Guerilla-Führerin ermordet wurde, erhielt sie sofort ein Staatsbegräbnis. Schließlich war sie ein Opfer des CIA. So behaupteten die Sandinisten und alle Welt glaubte es, obwohl die Diplomaten vor Ort längst andere Informationen hatten. Wenig später brachte sich im gleichen Haus der unmittelbare vorgesetzte Untergrundführer um. Aus Gram um den Tod seiner Mitkämpferin? Langsam sickerte die Wahrheit durch: die Frau war von den eigenen Leuten umgebracht worden, weil sie für ihre Heimat eine politische Lösung anstrebte. Als der Commandante das erfuhr, beging er Selbstmord.

Demokratie für Guatemala

„Die Hinrichtung der sechs zum Tode Verurteilten kurz vor dem Papstbesuch war ein politischer Fehler.“ Mit dieser Meinung hält das Direktorium der guatemaltekischen Christdemokraten nicht hinter dem Berg. Es protestiert öffentlich gegen die Hinrichtung, die Staatspräsident Jose Efraim Rios Montt gegen die Bitte des Vatikans anordnete. Eine Zeitung des Landes druckte den Protest – „wenn auch ziemlich klein, aber immerhin“.

Rios Montt, der Brigadegeneral, der im März 1982 durch einen Putsch junger Offiziere an die Macht im sieben Millionen Einwohner zählenden Guatemala gelangte, erklärt freimütig: „Wir wollten den Papst nicht ärgern. Wir wollten amnesty international nicht herausfordern. Wir wollten Gerechtigkeit. So einfach ist das.“

Mit dieser Meinung steht der 57jährige im Land nicht allein. Auch die Christdemokraten zweifeln nicht an der Rechtmäßigkeit des Urteils, das vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden war und das nach der Verfassung innerhalb von 72 Stunden vollstreckt werden mußte. Zwei der Hingerichteten waren ehemalige Soldaten, die sich zusammen mit anderen an Erpressung und Entführung beteiligt hatten.

Der Staatspräsident, der in Guatemala erheblich beliebter ist als im Ausland, beschwört immer wieder das Recht, „das unser Land braucht“. Ständig beschwört der Mann, der 1974 schon einmal als Präsident frei gewählt worden war, aber durch militärische Intervention das Amt nicht antreten durfte, die Demokratie. Auch die Christdemokraten bestätigen dies: „Der Präsident betrachtet die Demokratisierung des Landes als Herzenssache“.

Um aber die Demokratie in einem Land, das seit seiner Unabhängigkeit zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts fast nur (rechte) Diktaturen gekannt hat, zu errichten, muß zunächst einmal der Untergrundkampf beendet werden. Auch hier hat Rios Montt – „Ich erkenne allein Gott als meinen Herrn an“ – Erfolge erzielt. Allerdings mit harten Mitteln, die ihn im Ausland isolierten. Obwohl es ihm gelang, vor

einem Jahr die anderen Mitglieder seiner Junta zu entmachten, muß er noch immer Rücksicht auf das Militär nehmen. In dieser Rücksicht sehen Vertreter der demokratischen Parteien – die seit diesem März sich wieder bilden dürfen – auch die eigentliche Ursache für Rios Montts harte Haltung im Blick auf die Papst-Bitte für die zum Tode Verurteilten. Denn der Staatspräsident will seinen Plan nicht gefährden, bereits im kommenden Jahr freie Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung durchführen zu lassen.

Die Schreckensherrschaft von General Lucas Garcia von 1978 bis 1982 läßt den einfachen Mann auf der Straße noch heute erschauern. Sie führte auch zu einem schrecklichen Morden der Guerilleros. Druck erzeugte Gegendruck. Nachdem Lucas Garcia gestürzt worden war und Rios Montt die anderen Junta-Mitglieder entmachtet hatte, forderte er vom Militär, nicht mehr als Besatzer im eigenen Land aufzutreten, sondern der Indio-Bevölkerung zu helfen. Sein Motto: „Gewehre und Bohnen“. Offensichtlich mit Erfolg. Der Staatspräsident behauptet, in wenigen Monaten den Terrorismus im Land ausgerottet zu haben. Mexiko hilft ihm stillschweigend dabei, indem es die Grenze stärker als früher bewacht. Und die Christdemokraten bestätigen, daß die Zahl der Menschenrechtsverletzungen seit September 1982 erheblich zurückgegangen sei.

Um freie Wahlen durchführen zu können, erhalten in den nächsten Monaten alle Guatemalteken einen neuen Personalausweis. Bislang besitzen die meisten gar keinen. Das trifft auch für die Indios zu, die bei den von Rios Montt angestrebten Wahlen gleiches Stimmrecht haben sollen. Seinen guten Willen gegenüber der Urbevölkerung stellte er bereits unter Beweis: zehn Indio-Führer wurden in den 34köpfigen Staatsrat berufen, der im aufgelösten Parlament tagt und die Gesetze für Rios Montt entwirft.

Mit der angelaufenen Registrierung der Parteien wächst auch deren Handlungsspielraum. Offensichtlich haben sie aus früheren Fehlern gelernt und wollen fortan das Hauptübel verhindern, die Korruption. Sie wissen, daß das Volk ihnen skeptisch gegenübersteht, daß sie in der Vergangenheit viel

Vertrauen verloren haben. Eine harte Arbeit liegt vor ihnen, nicht zuletzt im Blick auf tiefgreifende Wirtschafts- und Sozialreformen. Dabei müssen sie mit einer gewissen Vorsicht ans Werk gehen, um das Militär nicht erneut zum Eingreifen zu veranlassen. Der Verteidigungsminister, ein General, versichert, daß die Streitkräfte hinter dem politischen Kurs des Präsidenten stehen.

Innenpolitisch spielt die katholische Kirche eine große Rolle. Zunehmend aber machen protestantische Kirchen und Sekten von sich reden, die gerade unter der Landbevölkerung großen Zulauf haben. Rios Montt selbst gehört einer Sekte an, in der er früher predigte. Evangelisierende Gruppen findet man heute überall im Land. Bereits 20 Prozent aller Guatemalteken sollen einer protestantischen Gruppe angehören. Noch führt dieser starke Zulauf nicht zu religiösen Spannungen, die aber für die Zukunft niemand ausschließen will.

Die Parteipolitiker sind von einem großen Optimismus auf die Demokratie erfüllt. Die Einwohner wünschen sich in erster Linie Recht und

Ordnung – und Arbeit. Abwartend wohlwollend stehen sie Rios Montt gegenüber.

Hoffnung auf die Christdemokraten

Hierzulande sind sie kaum bekannt – die amerikanischen Christdemokraten, die sich in einigen Ländern der „neuen Welt“ auch christlich-sozial oder progressiv-revolutionär nennen. Im Gegensatz zu ihren europäischen Schwesterparteien eint sie das sozial-reformerische Programm, das aus unserer Sicht als „links“ einzuordnen ist. Doch die herkömmliche Einteilung in links oder rechts versagt bei diesen 20 Parteien, die sich zusammen mit weiteren sechs als Beobachter in der Organisation Demokratischer Christen Amerikas (ODCA) zusammengeschlossen haben. Als die ODCA, deren Hauptquartier sich heute in der venezolanischen Hauptstadt Caracas befindet, 1947 in Montevideo gegründet wurde, zählte sie nur vier Mitgliedsparteien.

Schon die gewachsene Mitgliedszahl verdeutlicht den Wandel, den

Neu erschienen:

CIVIS Vierteljahresschrift für freie Bürger in einem freiheitlichen Staat

Nach 13 Jahren erscheint nunmehr wieder die Vierteljahresschrift CIVIS des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Nach der Euphorie der 70er Jahre ist gerade jetzt bei jungen Staatsbürgern Zukunftsangst weit verbreitet. Eine der Ursachen dafür ist, daß für viele Bürger die Werte unserer Verfassung und freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu reinen Worthülsen verkommen sind. Die Zeitschrift CIVIS soll ein Forum für Diskussionen sein, mit deren Hilfe die Worthülsen mit neuem Inhalt gefüllt werden können.

Themenschwerpunkte 2/83: **Nachrüstung und christliche Ethik**
Luther
Die Neue Rechte in Frankreich

(Abonnement-) Bestellungen nur an den Verlag erbeten:
Union Aktuell Verlags- und Werbegesellschaft mbH, Postfach 36 29,
8520 Erlangen

Preise:	Einzelexemplar	DM 8,80
	Jahresabonnement (4 Ausgaben)	DM 31,20
	Für Studenten (nur bei Vorlage der Immatrikulationsbescheinigung)	
	Einzelexemplar:	DM 3,90
	Jahresabonnement:	DM 14,00

Kostenlose Probeexemplare bitte bestellen bei:
CIVIS-Redaktion, Siegburger Straße 49, 5300 Bonn 3

die amerikanischen Christdemokraten in den letzten Jahrzehnten durchgemacht haben und der sie heute an die Spitze der Demokratisierungsbewegung in Lateinamerika gebracht hat. Die Christdemokraten dieses Kontinents kämpfen ebenso gegen die rechten Militärdiktaturen wie gegen den Kommunismus. Dort, wo sie die Möglichkeit des freien Wettbewerbs haben, werden sie oft von den Konservativen heftig attackiert, weil sie ihnen zu links sind. Den Sozialisten freilich wiederum sind sie nicht links genug, während die Christdemokraten all die Parteien „links überholen“, die man hierzulande sozialdemokratisch nennen würde.

Bindung an den christlichen Glauben, umfassende Sozialreformen zugunsten der armen Bevölkerung, Schutz der Menschenrechte und pluralistische Grundordnung – das eint alle Christdemokraten, die sich in der ODCA zusammengeschlossen haben. Viele Christdemokraten mußten in den zurückliegenden Jahrzehnten für ihre politischen Ziele ins Gefängnis, ins Exil oder wurden umgebracht. In Europa wurden nur wenige amerikanische Christdemokraten bekannt. Von Duarte abgesehen ist noch Eduardo Frei zu nennen, der vor Allende Staatspräsident von Chile war. Inzwischen sind die Christdemokraten an einigen Regierungen beteiligt, sofern sie sie nicht stellen wie in Venezuela. Sie gehören heute zum großen „Hoffnungspotential“ der Bevölkerung und gewinnen immer mehr Vertrauen.

Konfliktherd Zentralamerika

Seit der Machtübernahme Fidel Castros in Kuba (1959) zählt der zentralamerikanische Raum zu einem Konfliktherd, der nun durch ein drohendes „rotes Nicaragua“ immer gefährlicher wird. Die USA als mächtiger nördlicher Nachbar und als Weltmacht sind nicht sonderlich beliebt. Die frühere Unterstützung der menschenverachtenden rechten Militärdiktaturen und die wirtschaftliche Ausbeutung über große Konzerne haben ihr Bild geprägt. Auch die letzte Parteinahme für Großbritannien im Falkland-Konflikt hat Washington viel zentralamerikanische Sympathien

gekostet. Denn in dieser Krise standen diese Länder auf Seiten Argentiniens.

Dennoch weiß man, daß in dieser Region keine Politik gegen die Interessen Washingtons gemacht werden kann, daß man die wirtschaftliche Hilfe braucht, aber auch die militärische – gegen den Kommunismus. Deshalb versuchen gegenwärtig Venezuela, Kolumbien, Panama und Mexiko eine lateinamerikanische Lösung zu finden, um den Nicaragua- und El-Salvador-Konflikt aus den Ost-West-Spannungen herauszuhalten. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Denn Nicaragua setzt weiterhin auf Moskau und seine Verbündeten, nicht zuletzt Kuba. Viele fürchten, daß es bei einer Zu-

Unsere Autoren:

Pastor
Burkhard Budde
Werbürgerstraße 6
4905 Spenge

K. Rüdiger Durth
Frankenstraße 15
5300 Bonn 2

Bundesminister
Dr. Heiner Geißler MdB
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

Pfarrer
Ekkehard Jakoby
Kohlstraße 2
5330 Königswinter 41

Oberbürgermeister
Dr. Walter Wallmann
Rathaus
6000 Frankfurt/M.

spitzung der Lage zu einem „zweiten Vietnam“ kommen könnte. Noch ist diese Gefahr nicht gegeben.

Aber Präsident Reagan hat in den letzten Monaten unmißverständlich deutlich gemacht, daß er keine sowjetischen Raketen in Nicaragua duldet (die Junta hat angeblich der Sowjetunion angeboten, bei einer Nato-Nachrüstung SS-20-Raketen aufzunehmen) und auch kein letztlich rein kommunistisches Regime, das zu einer Verunsicherung der Nachbarländer führt. Deshalb will Washington El Salvador stützen. Denn fällt diese Kaffee-Republik, dann sind Honduras und Costa Rica die nächsten Opfer der Marxisten. Um aber die kleinen zentralamerikanischen Länder mit ihrer geostategischen Bedeutung zu retten, ist es dringend erforderlich, die Ur-

sachen für den Terrorismus zu beiseitigen, nämlich die schreckliche Armut, die von den wenigen einflußreichen Besitzerfamilien verursacht wird, muß das rechte Militär in seine Schranken gewiesen werden, müssen endlich die Menschenrechte durchgesetzt werden.

Dies wird ein schwieriger Kampf sein, der Washingtoner politisches Fingerspitzengefühl ebenso verlangt wie umfangreiche wirtschaftliche Hilfe. Und die demokratischen Kräfte und Regierungen dieser Region müssen mit allem Nachdruck unterstützt werden, damit sie ihren Einfluß ausbauen können. Die Situation dieser Region ist schwierig, undurchsichtig. Zentralamerika setzt große Hoffnungen auf Europa, sieht sich aber bislang noch reichlich im Stich gelassen.

Was wir hier in unserem Land dringend benötigen, sind bessere Informationen über die tatsächliche Lage in diesen Ländern. Solange nur die Propaganda der Guerilleros funktioniert und die Einschätzung der dortigen Lage bestimmt, werden die Kräfte gefördert, die mit Freiheit, Menschenrechten und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der armen Mehrheitsbevölkerung nichts im Sinn haben, nämlich die Kommunisten. Moskau ist durchaus zufrieden. Freilich, wer diese Meinung hierzulande vertritt, gilt als Mann der Militärs in den leidenden zentralamerikanischen Ländern. So leicht kann man es sich nicht machen. Keine Sympathie für rechte Militärdiktaturen, aber auch keine für die Kommunisten, die nur neue Unterdrückung bringen. Ist Kuba nicht Beweis genug?

Es geht darum, auch diesen Ländern die Einhaltung der Menschenrechte zu ermöglichen. Menschenrechte aber sind mehr als keine Folter, sie beinhalten auch das Recht auf Freiheit, soziale Gerechtigkeit für alle. Kurzum, es geht um die Demokratie. Darum aber geht es den herrschenden Sandinisten nicht (mehr), auch nicht den linken Untergrundkämpfern in El Salvador oder Guatemala. Sie wollen mehrheitlich Sozialismus im kommunistischen Sinn. Hier sind die Christdemokraten ebenso aufgerufen wie die Sozialistische Internationale, der Freiheit und den Menschenrechten für ganz Zentralamerika eine Chance zu geben.

Gedanken zum Problem der Arbeitslosigkeit

Ekkehard Jacoby

Die Arbeitslosigkeit ist eines der brennendsten Probleme unserer Zeit. Pfarrer Ekkehard Jacoby ist überzeugt, daß der Schöpfungsauftrag dazu verpflichtet, neue Wege für die Zukunft zu suchen.

Neben den Fragen der äußeren Sicherheit, konkret Nachrüstungsbeschluß, ist die Arbeitslosigkeit das wichtigste Problem unserer Zeit. Die 2-Millionen-Marke ist in der Bundesrepublik Deutschland überschritten und die Umkehr des Trends ist noch nicht in Sicht. Den meisten Ländern der westlichen Welt geht es ebenso: Belgien, England und die USA sind besonders hart betroffen, Japan und die Schweiz sind zur Zeit noch am besten dran. Auch die Länder des Ostblocks sind berührt, aber eine staatlich gelenkte Wirtschaft kann das Problem besser statistisch verschleiern.

Nostalgie beseitigt Arbeitslosigkeit nicht

Arbeitslosigkeit bringt eine Reihe von Folgeproblemen mit sich: von dem einzelnen wird das Untätigseinmüssen als schwere Belastung erfahren, auch wenn das soziale Netz im Augenblick noch ein völliges Durchsacken verhindert. Aber beim längeren Anhalten der Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau ist die bisher gewonnene Dichte des sozialen Netzes nicht mehr finanzierbar. Im Bundestagswahlkampf hat sich die Frage nach der Entstehung des Dilemmas und nach Rezepten zu entscheidenden Wahlkampfthemen entwickelt. In der wachsenden Zahl der Arbeitslosen liegt auch ein gesellschaftspolitisches Problem: es wächst ein Unruhepotential, mit dem demokratiefeindliche Kräfte nach erprobten historischen Mustern unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zerstören wollen.

Wegen dieser jederzeit verlängerbaren Listen von Folgeproble-

men ist die Arbeitslosigkeit nicht etwa ein heute publizistisch aufgeblähtes Problem, es stellt vielmehr eine große Gefahr sowohl für unsere Gesellschaftsordnung als auch für den einzelnen dar.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bieten heute in beachtlicher Monotonie ein und dasselbe Lösungsschema an. Wie sie schon immer fürs Umverteilen waren, so möchten sie jetzt auch die vorhandene Arbeit gleichmäßig und möglichst gerecht unter die Arbeitswilligen aufteilen. Das Ziel soll erreicht werden durch Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit sowie durch Verlängerung des Jahres- bzw. Bildungsurlaubs. Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre, 35-Stunden-Woche werden gefordert – möglichst bei vollem Lohnausgleich, denn wer ist schon bereit, Geldeinbußen in Kauf zu nehmen, zumal Freizeit Geld kostet und mehr Freizeit dann noch teuer wird.

In diesem gleichen Lösungsbereich liegt auch die Ablehnung aller Rationalisierungsmaßnahmen, besonders wenn sie von staatlichen Investitionshilfen gefördert werden. Hier wird nur das „Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen“ gesehen.

Diesem Lösungsbereich liegt ein nostalgisches Denkschema zugrunde, das innovationsfeindlich ist und aller technischen Entwicklung ablehnend gegenübersteht. Dies ist restaurativ aber nicht progressiv. Interessanterweise übt dieses Denkschema zunehmend mehr Attraktivität auch auf CDU-Politiker aus.

Neue Technologien schaffen neue Arbeitsplätze

Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, eine vom Grundsatz her völlig andere Denkrichtung zu entwickeln, den Ausweg aus der derzeitigen schwierigen Situation zu suchen im Beschreiten des Weges nach vorne,

nicht im Rückwärtsgang, also durch Fortschrittshoffnung und Innovationsfreudigkeit. Nicht die vorhandene Arbeit, die wie nach einem Axiom nicht vermehrt werden darf, neu zu verteilen, sondern die vorhandene Arbeit zu vermehren durch die Erschließung völlig neuer Technologiebereiche, das muß der Weg sein, der Arbeitslosigkeit und ihren Folgeproblemen zu begegnen, die schon freigesetzten Arbeitskräfte und die durch weitere Rationalisierung noch zusätzlich entstehenden Arbeitslosen in völlig neu zu schaffenden Arbeitsbereichen unterzubringen. Darin dürfte eine gewisse Parallele unserer Zeit zur ersten industriellen Revolution liegen, die auch nach einer kurzen Phase der Arbeitslosigkeit zum Arbeitskräftemangel führte. Neue Industriebereiche wurden geschaffen und konnten nur aufgebaut werden, weil genügend freigesetzte Arbeitskräfte vorhanden waren, die im herkömmlichen Handwerk und in der herkömmlichen Industrie nicht mehr benötigt wurden. Hätten z. B. die Landwirtschaft und das Webereigewerbe nicht so viele Arbeitskräfte freigesetzt, die Autoindustrie hätte wegen Arbeitskräftemangel nie entstehen können; hätten sich die Maschinenstürmer damals durchgesetzt („um Arbeitsplätze zu erhalten“), es gäbe heute keine Fernsehindustrie. Wir werden uns jetzt ausgehend von dem vorhandenen Arbeitsplatzmangel Gedanken machen müssen, wo neue Arbeitsbereiche entstehen können. Jetzt gilt es, die „Autoindustrie und Fernsehindustrie der Zukunft“ zu entwickeln. Dies ist vor allem eine Frage des geistigen Klimas in unserer Gesellschaft. Aber das ist leider außerordentlich ungünstig für den technischen Fortschritt.

Die nostalgische Fortschrittsfeindlichkeit, die unsere derzeitige geistige Atmosphäre bestimmt, wird mit einer Reihe von Einwänden gegen die technische Entwicklung begründet.

Ein Teil dieser Einwände kommen aus der ökologischen Ecke

und besagen: Die bisherige technische Entwicklung hat eine stets zunehmende Belastung der Umwelt mit sich gebracht und eine weitere Entwicklung beschleunigt diesen Prozeß und führt in die totale Vernichtung der Umwelt, die heute schon vom Umkippen der Gewässer und vom Sterben der Wälder bedroht ist. Darum mehren sich die Stimmen, die eine Reduktion der Technik, die alternatives Leben fordern. Aber dieser Einwand ist nicht realistisch. Denn zwar haben in der Tat die letzten Jahrzehnte eine zunehmende Belastung z. B. der Flüsse und der Luft mit sich gebracht, aber gerade in der letzten Zeit erleben wir wieder eine größere Reinheit der Luft, z. B. im Ruhrgebiet, und der Flüsse, z. B. des Rheines, nicht durch Reduzierung der Technik, sondern durch ein Mehr an Technik: mehr Luftfilter, mehr Kläranlagen, abgasfreundlicheres Benzin mit geringerem Bleigehalt. Zusätzliche, neue Technologien helfen – bis jetzt sicherlich erst ansatzweise – die ökologische Krise zu bewältigen und nicht die nostalgische Rückkehr zu präindustriellen Produktionsweisen. Der ökologische Einwand gegen die Technik überzeugt also nicht; im Gegenteil bietet gerade die Ökologie Anlaß zum verstärkten Einsatz vernünftiger, verbesserter Technik.

Der zweite Einwand kommt aus dem zunehmenden Energieverbrauch. Tatsächlich ist die Fortentwicklung der Technik mit einem immer größer werdenden Energiebedarf verbunden. Während im Mittelalter etwa in einem Jahr soviel Energie verbraucht wurde (in der Form von Holz) wie global in demselben Jahr wieder nachwuchs, also der Energiehaushalt ausgeglichen gehalten wurde, verbrauchen wir heute an Kohle und Öl in einem Jahr Energien, die in Jahr-millionsen gebildet wurden. Dies kann nicht lange gut gehen. Aber auch hier gilt: der Ausweg aus dem Energieproblem ist technisch und nicht nostalgisch zu suchen. Wir müssen zunehmend mehr Energien einsetzen, die unabhängig von den herkömmlichen Energiequellen gewonnen werden im Bereich der Kernenergie durch Kernspaltung oder Kernverschmelzung. Sichere und rationelle Arten des Recyclings etwa in der Form der Wiederaufbereitungsanlagen müssen konse-

quent angestrebt werden zur Befriedigung des wachsenden Energiebedarfs. Auch hier mehr Technik und nicht weniger zur Bewältigung der sich stellenden Probleme.

Gerade im Bereich der modernen Energietechnik erkennen wir noch ein weiteres Argument gegen die nostalgische Grundhaltung in unserer Gesellschaft. Die Entwicklung von Kernkraftwerken in der Welt schreitet weiter voran. Wenn wir uns in Mitteleuropa, in Westdeutschland verweigern, z. B. durch Behinderung der KWU, dann koppeln wir uns von der weltweiten Entwicklung ab. Die zum Bau von Kernkraftwerken erforderlichen Arbeitsplätze werden in anderen Ländern eingerichtet, nur nicht bei uns. Eine solche Abkoppelung auf breiter Front macht uns binnen kurzem von einer führenden Industrienation an der Spitze der Weltentwicklung zu einem Entwicklungsland ohne Rohstoffe, dem niemand in der Welt helfen wird.

Die Folgen der technischen Entwicklung müssen bedacht werden

Über die Einwände hinaus, die heute der notwendigen technischen Fortentwicklung begegnen und in aller Munde sind, werden sich Probleme stellen, die heute noch in der allgemeinen Diskussion in diesem Zusammenhang unbeachtet bleiben, aber rechtzeitig bedacht werden sollten:

So wird sicherlich die Fortentwicklung der Technik mehr Freizeit für den arbeitenden Menschen bringen. Die technische Entwicklung hat trotz der Schaffung neuer Arbeitsbereiche in der Vergangenheit immer mehr Freizeit gebracht und zur Herabsetzung des Rentenalters, Verlängerung des Jahresurlaubs und Senkung der Wochenstundenzahl geführt. Das wird mit Sicherheit auch in der Zukunft zu erwarten sein. Dies wird notwendige Folge der Entwicklung sein, aber nicht Mittel, um Arbeit für alle zu erreichen.

Damit ist das Problem gegeben, das Plus an Freizeit sinnvoll zu nutzen, den Menschen bei der Gestaltung der Freizeit zu helfen, damit nicht – gerade in den Ballungszentren – Wohlstands- und Frei-

zeitkriminalität weiter steigen. Hilfe bei der Freizeitgestaltung muß geschehen, ohne daß daraus Bevormundung oder gar Einschränkung der Freiheit des Individuums erwachsen.

Weiterhin geht technische Entwicklung – wie die Geschichte lehrt – einher mit der Vereinzelung und Vereinsamung des Menschen. Der weitere Ausbau der Kommunikationsmittel wird vermutlich diesen Prozeß fördern. Es wird darum sinnvolle Aufgabe von gesellschaftspolitischer Überlegung sein müssen, rechtzeitig Mechanismen einzubauen, die schwere Fehler auf diesem Gebiet verhindern.

Es ist kaum zu umgehen, daß die notwendige Entwicklung neuer Arbeitsbereiche auch neue Überlegungen im Bereich des Datenschutzes erforderlich machen werden. Auf der einen Seite wird die technische Innovation den einzelnen Menschen immer mehr erfassen und ihn geradezu datenmäßig transparent machen. Das birgt die Gefahr der Abhängigkeit, der Manipulierbarkeit, ja des Mißbrauchs des Menschen in sich. Dagegen muß wirksamer Schutz durch Verschärfung des Datenschutzes in gewissen Bereichen geschaffen werden. Auf der anderen Seite muß die Entwicklung von manchen überflüssigen Hemmnissen befreit werden. Das wird zur Lockerung des Datenschutzes in anderen Bereichen führen.

Neue Wege für die Zukunft müssen gesucht werden

Das Dilemma der Arbeitslosigkeit stellt uns also vor große Aufgaben. Bei ihrer Lösung dürfen wir nicht in Sackgassen geraten, die kurzfristige Hilfe versprechen, aber langfristig in die Katastrophe und ins Elend führen. Das wird vor allem eine Frage der geistigen Grundhaltung sein. Nostalgische Fortschrittsfeindlichkeit ist eine solche Sackgasse. Der biblische Auftrag: machet euch die Erde untertan (Gen 1 V 28) weist uns in eine andere Richtung. Wir werden nach neuen Wegen für die Zukunft suchen.

Die Evangelischen Kirchen haben sich seit den frühen 70er Jahren dem Problem der Arbeitslosig-

keit zugewandt. In den verschiedenen Analysen und Verlautbarungen stehen Überlegungen im Vordergrund, wie dem einzelnen in materielle und psychologische Not geratenen Arbeitslosen geholfen werden kann. Besonders die Schrift der Evangelischen Kirche von Westfalen zu ihrer Landessynode 1983 „Zukunft der Arbeit – Leben und Arbeiten im Wandel“ ist erfreulich

konkret und reich an Phantasie. Während die Studie der Kammer der EKD für Soziale Ordnung „Solidargemeinschaft von Arbeitenden und Arbeitslosen“ (Oktober 1982) vorrangig die Teilung der vorhandenen Arbeit mit dem Ziel der Arbeitszeitverkürzung empfiehlt, wird in „Zukunft der Arbeit ...“ erwogen: „Durch die Entwicklung der Mikroelektronik wird

der gesamte Produktions- und Dienstleistungsbereich umstrukturiert. Dieser Strukturwandel ruft zwischenzeitlich Arbeitslosigkeit hervor. Wenn aber genügend neue Produkte entwickelt sind und die Technik nicht behindert wird, ergibt sich neues Wachstum und neue Vollbeschäftigung.“ Das ist eine Erwägung, die vorwärts, in die richtige Richtung weist.

Kurz notiert

Staatssekretär Spranger warnt vor kommunistischer Steuerung der Friedensbewegung

Bonn: Nach Angaben der Veranstalter der diesjährigen „Ostermärsche“ haben sich rund 700 000 Menschen an den Protestzügen, Versammlungen und Aktionen beteiligt. Das Bundesinnenministerium gibt die Zahl – aufgrund polizeilicher Mitteilungen – freilich nur mit 250 000 an. Im Blick auf Aktionen, die die Friedensbewegung für den Fall der notwendig werdenden Aufstellung neuer amerikanischer Raketen planen, hielt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, in der Polizei-Führungsakademie eine viel beachtete Rede. Hier einige Auszüge:

„Wir haben leider reichlich Grund zu der Sorge, daß illegale Blockade-Aktionen und kalkulierte Gewaltanwendung unter dem Vorwand sogenannter Gegengewalt sich häufen werden im Laufe dieses Jahres. Vieles spricht dafür, daß es mehr und mehr fließende Übergänge und Verbindungen vom Umfeld der orthodox-kommunistischen Linken bis zu den angeblich gewaltfreien, in Wirklichkeit mindestens die Illegalität, oft auch die begrenzte Gewaltanwendung suchenden Gruppen geben wird. Ausgerechnet die mitgliederstarke Organisation mit dem verpflichtenden Namen „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner“ – in ihrer Führung und einigen Landesverbänden erheblich kommunistisch beeinflusst, in anderen Teilen zum sogenannten radikalen Pazifismus neigend – entwickelt sich offenbar zu einem Bindeglied zwischen orthodoxer Linker und weiten Teilen der autonomen Friedensgruppen.“

Bei den religiös motivierten Anhängern der Friedensbewegung, unter ihnen in der Mehrzahl Gruppen aus dem Bereich der evangelischen Kirchen, findet sich oft ein sehr hoher moralischer

Anspruch, der sich durchaus nicht nur an andere richtet, sondern auch für sich selbst angenommen wird. Die ernsthaftesten Argumente stehen nicht selten in unmittelbarer Nachbarschaft mit gefährlicher Realitätsferne und erschreckender Intoleranz. Wer aus christlicher Glaubensüberzeugung die Anwendung atomarer Waffen auch zur Verteidigung wegen ihrer ungeheuerlichen Zerstörungskraft für unverantwortbar hält, dem kann die zur Glaubwürdigkeit der Abschreckung erforderliche Entschlossenheit zum Einsatz dieser Waffen im äußersten Notfall – trotz der Überzeugung, daß eben wegen dieser Entschlossenheit der Einsatzfall nie eintreten wird – zu einer nicht mehr vermittelbaren Position werden. Hier kann es, natürlich nicht nur für Christen, eine Gewissensfrage mit dem Ergebnis einer Ja- oder Nein-Entscheidung zur atomaren Bewaffnung geben, für die sich eine einfache, allgemeine Lösung nicht finden läßt. Ganz gewiß liefert das Bibelwort von der dem Schlagenden auch noch hinzuhaltenden anderen Wange keine Lösung.

Denn es gebietet nicht, ja erlaubt nicht einmal, die Wange eines anderen, persönlich oder politisch Schutzbefohlenen, hinzuhalten. Die Verantwortung für den Schutz der Mitbürger und der offenkundige Wille der überwältigenden Mehrheit der Mitbürger, diesen Schutz auch in der Gestalt atomaren Abschreckungspotentials in Anspruch zu nehmen, sind gute Gründe für die Ja-Entscheidung der Politiker, die bewußt eine Gewissensentscheidung auf diesem Felde treffen. Wir haben uns nicht nur mit dem durch alle geschichtliche Erfahrung widerlegten Glauben an den Nachahmungseffekt einseitiger Abrüstung bei vielen christlich orientierten Anhängern der Friedensbewegung auseinanderzusetzen, sondern auch mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kommunisten, die teils apolitisch ist, teils auf opportunistischer Anbiederung bei großzügigen und einflußreichen Schutzherr-

ren, teils auf entschiedener Ablehnung unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung zugunsten einer utopisch christlich-sozialistischen beruht. Ich nenne nur beispielhaft Gruppen wie den Versöhnungsbund, dessen Vorsitzender seit langem in dem von der KPdSU gesteuerten Weltfriedensrat mitarbeitet, oder die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, deren Geschäftsführer sich zur geistig-politischen Entwicklungshilfe für die nach seiner Meinung bisher ergebnislos nach einer eigenen Identität suchenden deutschen Kommunisten verpflichtet glaubt. Ich denke nicht zuletzt an den Evangelischen Kirchentag in diesem Sommer in Hannover, für den sich die Aktionsplaner der Friedensbewegung ausdrücklich viel vorgenommen haben.

Aber natürlich gibt es vor allem für die Politik in unserem Lande viel zu tun. Wir müssen und wollen auch gegenüber allen Gesprächswilligen in der Friedensbewegung immer wieder deutlich machen, daß die Bundesregierung eine Politik aktiver Friedenssicherung betreibt, die die Entschlossenheit, im westlichen Bündnis zur Verhinderung sowjetischer Expansion beizutragen, mit dem Angebot weltweiter Zusammenarbeit verbindet. Wir setzen uns – wie übrigens alle Bundesregierungen vor uns – ein für Verteidigungsfähigkeit und Rüstungskontrolle, für Abschreckungsfähigkeit und Entspannungsbemühungen. Aber die Bundesregierung und die Koalition, die sie trägt, kann politische Einseitigkeit nicht hinnehmen. Sie wird alles tun, vor allem jedem gesprächsbereiten jungen Mitbürger verständlich zu machen, daß ein willkürlich angemessenes Widerstandsrecht einzelner oder von Gruppen mit vermeintlich besserer Einsicht in das, was Not tut, nur geeignet ist, dem Rechtsstaat Schaden zu tun. Sie wird, wo das sein muß, gemeinsam mit den Regierungen der Länder illegalen und gewaltsamen Aktionen besonnen und entschlossen entgegenzutreten.“

Aus unserer Arbeit

Große Luthertagung des EAK Hessen in Marburg

Marburg: „Martin Luthers Lebenswerk verbindet noch heute Millionen von Deutschen in Ost und West. Angesichts dieser gesamtdeutschen Bedeutung Luthers ist es unerlässlich, daß auch wir in der Bundesrepublik Deutschland die Erinnerung an Luther wachhalten“. Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende des EAK Hessen, Arnulf Borsche, eine gemeinsame Tagung des Evangelischen Arbeitskreises und der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Luther und die Deutschen“. War es schon eindrucksvoll, diese Tagung am Ort des Marburger Religionsgesprächs zwischen Luther und Zwingli (vom 1.–4. September 1529) durchführen zu können, so gewann die Tagung überregionale Bedeutung durch die Beteiligung führender Vertreter der Kirchen und der CDU, an der Spitze der Landesbischof von Kurhessen-Waldeck, Dr. Hans-Gernot Jung, sowie Prof. Roman Herzog, Bundestagspräsident Rainer Barzel und der CDU-Landesvorsitzende Oberbürgermeister Walter Wallmann.

Den Vortrag zum Tagungsthema hielt der katholische Christ, Bundestagspräsident Rainer Barzel. Er würdigte die Bedeutung Martin Luthers über die Konfessionen hinweg, indem er auf die Worte des Papstes am 17. November 1980 in Mainz verwies, der sagte, er käme zu den „geistlichen Erben Martin Luthers“. Hinsichtlich der Gnade der Einheit gelte: „Alle haben gesündigt“ (Römer 3,23). Für die Zukunft ermunterte der Papst: „Miteinander sind wir gerufen, im Dialog der Wahrheit und der Liebe die volle Einheit im Glauben anzustreben.“ Auf die „gesamtdeutsche“ Bedeutung des Reformators, aber auch die Verantwortung aller Deutschen für das Erbe Martin Luthers verwies Barzel, indem er sagte: „In dreierlei Beziehungen sind wir Deutschen alle Erben des Reformators. Ich denke an seinen überragenden Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Sprache, der Dichtung und der Musik.“

Martin Luther hat durch seinen Katechismus in deutscher Sprache wie durch seine Bibelübersetzung ins Deutsche allen Deutschen einen unschätzbaren Dienst geleistet: die Weiterentwicklung unserer deutschen Sprache zur gemeinsamen Hochsprache. Die Lebendigkeit, Fülle und Anschaulichkeit des Ausdrucks, die Verbindung von

tiefem Ernst und sprühendem Humor, von Derbheit mit äußerster Zartheit, ja Innigkeit des Tones, hat weit über seine Zeit hinaus gewirkt, hat stets aufs Neue deutschen Schriftstellern als Anregung und Maßstab gedient.

Ähnliches gilt für das Liedgut und die durch ihn gegebenen Anstöße zu einer Entwicklung protestantischer Kirchenmusik, die sich in den nachfolgenden Jahrhunderten zur höchsten Blüte erhob.

Dieses gemeinsame Erbe verbindet und verpflichtet auch heute und in Zukunft alle Deutschen. Wer immer sich oder uns alle in unserem Vaterland Deutschland dieses großen Sohnes unseres Volkes berührt — er achte darauf, daß die Zustände, die er verantwortet, dieses überragenden Mannes würdig sind“.

Auch der CDU-Landesvorsitzende Wallmann verwies auf die große Aktualität Luthers für unser gesamtdeutsches Denken. Er mahnte, daß die Bundesrepublik Deutschland eine Entwicklung nicht lediglich zuschauend hinnehmen dürfe, mit der das nationale deutsche Erbe von der DDR okkupiert werden solle, „die langfristigen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, vor allem für junge Menschen, die ja Fragen nach unserem geistigen, politischen und historischen Standort an uns richten und beantwortet wissen möchten, wären fatal.“ Mit Sorge verwies Wallmann auf aktuelle politische Entwicklungen aus dem „Prinzip der protestantischen und der deutschen Innerlichkeit“, die auch ein Erbe Luthers sei: „Das deutsche Bürgertum interessierte sich weniger für politische Ziele als das Bürgertum in England oder Frankreich. Dies begründete in der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte auch jenen Zug ins Separatistisch-Antirömische, ja ins Antieuropäische, Antiwestliche. Was als evangelische Freiheit, als geistliche und geistige Emanzipation begann, führte — nicht zwangsläufig und von anderen Entwicklungen mitverursacht, das möchte ich ausdrücklich betonen — zu jenem deutschen Anspruch auf einen kulturellen Sonderweg. Es war der Weg zwischen Rationalismus und Aufklärung des Westens auf der einen und dem christlichen Mystizismus eines Dostojewski oder des späten Tolstoi auf der anderen Seite. Der Historiker Heinrich von Treitschke mit seiner Vorstellung von einem deutschen Gott steht hierfür ebenso wie „die Betrachtungen eines Unpolitischen“ von Thomas Mann mit

ihrem Gegensatz zwischen deutscher Kultur und westlicher Zivilisation. Martin Heidegger ist hier so gut zu nennen wie Ernst Niekisch.

Ohne diesen Zug des deutschen Protestantismus zu einem kulturellen wie politischen Sonderweg hätten sich die anderen Ursachen, die in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg zu jener antiwestlichen Stimmung führten, kaum, zumindest sehr viel schwerer, durchsetzen können. Das lutherische Sozialideal der — wie Thomas Nipperdey schreibt — „naturwüchsigen oder historisch gewachsenen Gemeinschaft“ stand im Widerspruch zum Gesellschaftsbegriff der westlichen Demokratien, und akzeptierte jene Feindschaft gegen das pragmatische England, die die Niederlage des Reiches im Krieg angesichts der Entente von Rußland und Frankreich vorprogrammierte. Diese politische Entwicklung hatte — und das sollten wir uns heute durchaus eingestehen — etwas mit der geistig-geistlichen Abkoppelung des deutschen Protestantismus vom Westen, von Aufklärung und Rationalismus zu tun. Michael Stürmer hat in seinem großen Buch über das Kaiserreich, das „ruhlose Reich“, wie er es nennt, dieses Sich-nicht-entscheiden-können zwischen West und Ost, diese letztlich aus emotionalen Gründen getroffene Entscheidung gegen England, als den entscheidenden politischen Fehler bezeichnet. Ich wage zu sagen, daß diese damals in unserem Volk weitverbreitete Haltung ihre Stütze in jener deutschen Innerlichkeit hatte, die sich ganz instinktiv für das Gemüt und gegen den Intellekt und damit auch gegen den Pragmatismus wesentlichen Denkens entschied.

Ich habe dies hier so ausführlich dargestellt, weil wir an die Stelle Englands um die Jahrhundertwende nur das Amerika des Jahres 1983 setzen müssen, um die Parallelen zu sehen. Auch heute macht sich wieder eine diffuse, antiwestliche, dem kapitalistischen Amerika gegenüber feindliche Stimmung breit, die sich bewußt auf das sozial-utopische Gemeinschaftsideal beruft und die das lutherische Innerlichkeitspathos und die protestantische Gesinnungsethik für sich in Anspruch nimmt und diese bewußt oder unbewußt gegen verantwortliches Handeln aus rationaler Einsicht im Sinne Max Webers ausspielt.“

Krise des Amtes?

Gedanken eines Pastors über das Pastorenamt

Burkhard Budde

Der „allround man“ oder das „Mädchen für alles“ befindet sich in einer Identitäts- und Berufskrise, wenn die Kluft zwischen normativer Erwartung („Er hat immer im Dienst zu sein!“) und faktischer Situation („Ich bin auch nur ein Mensch!“) zu groß wird. Die Rede ist vom unsicher gewordenen Amtsträger wie dem Pfarrer, der mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Erwartungen, die sich zudem fortlaufend ändern, und mit immer neuen Aufgaben konfrontiert wird. Nicht selten sind resignierter Rückzug in ein kerngemeindliches Schneckenhaus, persönliche und berufliche Unzufriedenheit, die Flucht in mangelhaften Aktivismus oder theologisch kurzschlüssige Politisierung die Folge. Gettoisierung, gesellschaftliche Isolierung ist die eine, Verweltlichung, Verlust des kirchlichen Propriums die andere Seite einer Medaille, der Amtskrise.

Den Hintergrund dieser Amtskrise bilden die Strukturkrise der Kirche und die Autoritätskrise aller akademischen Berufe. Der Bedeutungsschwund der Kirche in einer mehr oder weniger entkirchlichten Gesellschaft, die einen „freien Markt“ der Weltanschauungen kennt und in der ein kirchlicher Amtsträger immer häufiger nur noch als geduldeter Vertreter eines fragwürdig gewordenen Wertesystems betrachtet wird, manifestiert sich in seiner Person. Der wachsende Autoritätsschwund aller traditionellen akademischen Berufe tut sein übriges.

Aber wie kann diese Situation verbessert werden? Ausgangspunkt aller Überlegungen muß das Bekenntnis zu Jesus als dem Gekreuzigten und Auferstandenen sein, da er das alleinige Fundament der Kirche und ihrer Einheit ist. Das Amt, das nicht seinem Träger gehört, steht nicht in der Mitte des Evangeliums, sondern „nur“ im Zeichen der Vermittlung und des Mittels. Das Neue Testament hat eine bleibende Bedeutung im Blick auf die

Wesensbestimmung des Amtes. Es wird als ein Dienst verstanden, als ein charismatischer Dienst aller Getauften. Die ganze Gemeinde ist Dienstgemeinde, was eine Vielzahl von Charismen, Funktionen und Diensten nicht ausschließt. Dem apostolischen Urzeugnis verpflichtet kann sich das kirchliche Amt auch als ein Dienst in Form der Gemeindeleitung konkretisieren, der nach Tradition und Situation verschieden ausgeübt wird. Entscheidend ist der Maßstab Jesu: „Wer unter euch der Erste sein will, sei der Knecht aller, denn auch der Sohn des Menschen ist nicht gekommen, damit ihm gedient werde, sondern damit er diene und sein Leben gebe zur Bezahlung für viele.“ (MK 10,44 f.)

Der kirchliche Amtsträger unserer Tage benötigt sicherlich fachliches Können, d. h. Kenntnisse und Erfahrungen der Rhetorik, der Psychologie, der Pädagogik, natürlich auch der Theologie. Vor allem aber scheint mir geistliches Profil, geistliche Qualität gefragt. Der Amtsträger muß selbst stehen zu dem, was er verstehbar zu machen versucht; selbst ergriffen sein von dem, was er- und begriffen sein will. Er sollte glaubwürdig sein, wenn er – an die ganze Gemeinde gewiesen – die gute Nachricht Gottes öffentlich verkündigt.

Dieser Verkündigungsdienst geschieht im persönlichen Wagnis des Predigers, der sich immer seiner Irrtumsfähigkeit bewußt sein sollte. Wichtig ist, daß die Intentionen eines biblischen Textes auf die Grundsituation seiner Hörer ausgelegt werden, wobei theologische Kurzschlüsse zu vermeiden sind. Die Analyse der Situation wird verabsolutiert und vergöttlicht, der Bibeltext als Sprungbrett eigener politischer Bedürfnisse und Ziele mißbraucht, wenn z. B. der Hitler-Staat einfach mit dem modernen Rechts-Staat der Bundesrepublik Deutschland gleichgesetzt wird. Das Evangelium hat sicherlich eine politische Dimension, die Politik

aber keine göttliche. Die politische Bildung läßt leider häufig zu Wünschen übrig; die Systematische Theologie wird häufig nicht beherrscht. Die Predigt kommt nach dem Apostel Paulus durch das Wort Christi, nicht das Wort Christi durch die Predigt (Röm. 10,17). Der Prediger muß sich die Mitte des biblischen Zeugnisses als kritischen Maßstab seiner Ausführungen sowohl angewandt vom Presbyterium als auch von Gemeindegliedern gefallen lassen. Es sollte dem kirchlichen Amtsträger darum gehen, zum Glauben an Christus in einer glaubensarmen Zeit zu „reitzen“ (Luther).

Der christliche Glaube ist kein Produkt der Phantasie, zielt auf keine bestimmte moralische Politik oder auf eine bestimmte politische Moral. Er ist vielmehr in der Geschichte der großen Taten Gottes in der Welt und für die Welt verankert, spricht den einzelnen in Form des Zuspruches der liebenden Freiheit, der letzten Geborgenheit und des Anspruches der freien Verantwortung, des partnerschaftlichen Mittuns in seiner Lebenssituation an. Die Liebe Gottes ermöglicht und ist die menschliche Liebe in der Gemeinde und der Welt.

Der Gottesdienst ist kein politisches „Teach-in“ zum Debattieren oder eine „Polit-Party“ zur Selbstdarstellung. Er bietet vielmehr die frohmachende Chance der gemeinschaftlichen Befähigung, zur Sammlung abseits vom Alltag und zur Sendung in den Alltag durch die gute Nachricht von der Heilstat Gottes im Namen des dreieinigen Herrn. Es gibt wichtigeres zu verkündigen als Parolen. Niemand sollte gehindert werden, den Gottesdienst in persönlicher Betroffenheit zu feiern, um ihn so als Kraft- und Orientierungsquelle für den Gottesdienst im Alltag zu erfahren. Eine Gesetzespredigt, in der die eigene Meinung mit der biblischen Wahrheit verwechselt wird, verkennt den Sinn des Gottesdienstes, wie ihn Martin Luther in seiner Torgauer Kirchweihpredigt im Jahre 1544 betreffend formulierte: „Daß unser lieber Herr selbst mit uns rede durch sein heiliges Wort und wir wiederum mit ihm durch Gebet und Lobgesang.“ Vor allem vom Gottesdienst können wir Erneuerung erwarten.

Zur Diskussion gestellt:

Friedenspolitik und Bergpredigt

Aus der Rede von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vor dem 31. CDU-Bundesparteitag

Mit einem Thema will ich mich besonders auseinandersetzen, das uns in den kommenden Wochen und Monaten besonders beschäftigten wird und das sicher nicht nur zu einer Bewährungsprobe für die Regierung wird, sondern bereits zu einer großen Herausforderung für unsere ganze Partei geworden ist. Wir müssen nämlich die geistige und die moralische Auseinandersetzung um den Frieden gewinnen.

Hier ist die Verwirrung der Geister groß. Es ist eine große Verwirrung der Geister in unserem Land, auch in anderen europäischen Ländern. **Was wir in dieser Auseinandersetzung brauchen, ist die Klarheit der Begriffe, die Klarheit der Gedanken.**

Nicht die Taten bewegen die Menschen, sagt der Philosoph, sondern die Worte über die Taten. Kurt Biedenkopf hat es auf dem Hamburger Parteitag 1973 in anderen Worten ausgedrückt. Er hat gesagt: Revolutionen und Bewegungen werden heute nicht mehr dadurch in Gang gesetzt, daß Telegrafentürme und Bahnhöfe besetzt werden, sondern dadurch, daß die Begriffe besetzt werden.

Dies ist angesichts eines weltweiten ideologischen Bürgerkrieges in der Tat – davon bin ich überzeugt – das Gesetz, nach dem sich entscheidet, wer in dieser Auseinandersetzung gewinnt. Diese Auseinandersetzung um Frieden und Verteidigung, die im Herbst möglicherweise in ihre heiße Phase kommen wird, darf uns nicht unvorbereitet treffen.

Meines Erachtens ist die Verwirrung der Geister vor allem darauf zurückzuführen, daß die alte Bundesregierung die geistige Führung in der Verteidigungspolitik verloren hatte.

Die Sozialdemokraten haben den Verteidigungsgedanken nicht mehr erklärt. **Heute beherrschen Emotionen das Feld. Sogenannte Friedensfreunde schleudern den Bürgern die Frage ins Gesicht: Wollt ihr im Atompliz verglühen? Wer will denn auf eine solche Frage mit Ja antworten? Sie schleudern die Frage heraus: Haben wir das Recht, unsere ganze Welt aufs Spiel zu setzen? Wer wollte denn eigentlich eine solche Frage mit Ja erwidern?**

Der entscheidende Fehler in dieser Diskussion besteht doch darin, daß sich die Auseinandersetzung in der sogenannten Friedensbewegung auf die Frage nach der Zahl der Raketen und

der Sprengköpfe konzentriert. Aber diese Frage steht doch nicht an erster Stelle! Die erste Frage lautet: Ist unser Staatswesen, ist unsere Gesellschaftsordnung überhaupt verteidigungswert? Wenn sie nicht verteidigungswert ist, brauchen wir auch keine Waffen, um sie zu verteidigen.

Die zweite Frage: Werden wir denn von jemandem bedroht? Wenn wir von niemandem bedroht werden, brauchen wir auch keine Waffen. Erst wenn wir diese beiden Fragen beantwortet haben, können wir zu der dritten Frage vorstoßen: Mit welchen Waffen und mit wie vielen Waffen haben wir uns zu verteidigen?

Ist unser Gemeinwesen verteidigungswert? Es ist im Grunde genommen schon ein starkes Stück, daß man sich mit dieser Frage auseinandersetzen muß, aber wir müssen es tun, weil diese Frage in der Tat gestellt wird.

Sind wir denn besser, weil wir besser und schneller produzieren können? Sind wir allein deswegen besser, weil wir ein größeres Bruttosozialprodukt haben? Kommt es nur auf die Zahl der Raketen an? Die Wahrheit ist doch eine andere; das haben wir in Hamburg deutlich gesagt, und ich möchte es wiederholen: Die Spannungen zwischen Ost und West haben ihre Ursachen doch nicht in der Tatsache, daß die eine Seite mehr Raketen hat. Darauf muß man eine militärtechnische Antwort geben. Die Spannungen zwischen Ost und West sind vielmehr in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur begründet. Dies ist der eigentliche Grund!

Wir wollen frei sein und frei bleiben. Dies ist der Sinn unserer Verteidigungspolitik. **Sagen wir es in der Auseinandersetzung mit unseren jungen Mitbürgern: In den kommunistischen Staaten werden z. B. Wehrdienstverweigerer entweder ins Gefängnis oder in Strafkompanien gesteckt, oder sie landen in psychiatrischen Anstalten oder in Arbeitslagern. Wir schützen die Gewissensfreiheit, und gerade dies begründet den hohen Rang unserer Verfassung und macht diese Staatsordnung erst eigentlich verteidigungswert. Dies ist das, was wir sagen müssen!**

Dank und Anerkennung schulden wir den jungen Menschen, die in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen zivilen Dienst leisten, aber der Dienst in der Bundeswehr ist der eigentliche Dienst am Frieden. Ohne NATO und ohne Bundeswehr gäbe es keine Ge-

wissensfreiheit und auch keinen zivilen Ersatzdienst.

Jetzt möchte ich noch einen Satz zu den Vereinigten Staaten und zu den amerikanischen Soldaten sagen. Wir wissen – und das müssen wir in dieser Auseinandersetzung diesen anderen Gruppierungen gegenüber sagen, gerade im Zusammenhang mit der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen –: Die Amerikaner stehen hier zusammen mit der Bundeswehr, damit diese Gewissensfreiheit geschützt wird, und die sowjetischen Truppen stehen in der DDR und in anderen Ländern Osteuropas, damit eben dort diese Gewissensfreiheit unterdrückt werden kann. Dies muß in der Diskussion hervorgehoben werden.

Auf die Frage „Werden wir bedroht?“ müssen wir eine Antwort geben. Wir verkennen nicht – so haben wir in unserem Hamburger Beschluß 1981 ausgeführt –, daß auch die Völker der Sowjetunion und Osteuropas ein Sicherheitsinteresse haben und daß sie nicht zuletzt aufgrund der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Aber geht es denn darum? Die sowjetische Führung – nicht die Menschen, nicht die Völker, aber die Führung – weiß doch viel besser als viele, die in unserem eigenen Land über Frieden und Verteidigung sprechen, daß von uns keine Bedrohung und keine Gefahr ausgeht. Die sowjetische Führung weiß doch, daß die NATO keinen Angriffskrieg führen kann, weder von den Verträgen her noch von der Bewaffnung her noch von der Logistik her. 42 000 modernen Panzern im Warschauer Pakt stehen im NATO-Bereich 13 000 Panzer gegenüber; dies nur als ein Beispiel.

Die Wahrheit ist doch eine ganz andere. Die sowjetische Führung – ich spreche wieder nicht von den Völkern Osteuropas, aber von der sowjetischen Führung – fühlt sich doch nicht von der Bundeswehr oder von der NATO bedroht. Nein, die sowjetische Führung fühlt sich von etwas anderem bedroht, sie fühlt sich bedroht von der Existenz freiheitlicher Gesellschaftsordnungen, von der Existenz freier Menschen am Rande ihres Imperiums. Das ist die Bedrohung, die die sowjetische Führung spürt.

Deswegen rüstet die Sowjetunion in Wahrheit nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.

Die Überrüstung der Sowjetunion dient in Wirklichkeit dem Ziel, durch militärische Übermacht ein politisches Druckpotential zu gewinnen, um die an ihr Imperium angrenzenden Staaten zu neutralisieren und die Ausbreitung des Gedankens der Freiheit zu unterbinden.

Daher braucht die Sowjetunion Repression nach innen und Expansion – zumindest deren Androhung – nach außen. Aristoteles sagt: Niemand macht sich zum Tyrannen, um sich nur vor der Kälte zu schützen. Lenin hat einmal gesagt: Unsererseits ist ein Krieg legitim und gerecht, denn er wird für den Sozialismus, für die Befreiung unserer Völker geführt, für die Befreiung unserer Völker von der Bourgeoisie.

Es wäre – ich möchte hier einen Gedanken von Kardinal Höffner aufgreifen – ein großer Dienst für den Frieden in der Welt, wenn die sowjetische Führung der Weltöffentlichkeit ein für allemal erklären würde, daß diese Devise Lenins heute nicht mehr gilt. **In Afghanistan könnte die Sowjetunion ihre Friedensliebe durch die Tat beweisen.**

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf ein anderes Argument eingehen, weil es ja immer mehr Menschen gibt, die auch einwenden: Was wollt ihr denn eigentlich, der Westen hat seine Ideologie, der Osten hat seine Ideologie. – Was ist denn eigentlich die Antwort darauf, wo liegt denn der essentielle Unterschied zwischen Ost und West? Eines der gefährlichsten Argumente, die in diesem Zusammenhang von der anderen Seite – wenn ich sie einmal so nennen darf – gebraucht werden, ist die ideologische, wertmäßige Gleichstellung des Westens mit dem kommunistischen Osten. Nennen wir die essentiellen Unterschiede.

Bei uns gibt es keine Unterdrückung der Menschen im Innern und keine militärische Expansion nach außen. Überall dort, wo wir Einfluß haben, wo wir Einfluß nehmen können auf der Welt, wirken wir darauf hin, aus Diktaturen wieder Demokratien zu machen. In Portugal war das so, in Spanien haben wir mitgeholfen, in Griechenland bei den Obristen war es so, und jetzt in der Türkei ist es so, während die Sowjetunion überall dort, wo sie Einfluß und Macht besitzt, die ersten Ansätze demokratischer und freiheitlicher Entwicklung mit Panzern und mit Waffengewalt niederdrückt. Das ist der essentielle Unterschied.

Weichen wir der Frage nach Lateinamerika nicht aus. Das ist in der Tat in erster Linie keine militärische Frage, sondern eine Frage der internationalen sozialen Gerechtigkeit. Wir müssen alles tun, um auch unsere Freunde davon zu überzeugen, daß es wichtig ist, mit unseren Ressourcen einen Beitrag dazu zu leisten, daß dort mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Verwirklichung der

Menschenrechte möglich ist. Wir fordern aber auch die Sozialistische Internationale und ihren Vorsitzenden Willy Brandt auf, wir verlangen von der Sozialistischen Internationale, daß sie in Lateinamerika nicht die von der Sowjetunion finanzierten und von Kuba organisierten linken Guerillaverbände unterstützt, sondern mit den Christlichen Demokraten in Lateinamerika, unseren Freunden, dafür eintritt, daß in diesen Ländern eine demokratische und gleichzeitig soziale Lösung gefunden werden kann.

Das ist die Forderung, die wir an die Sozialistische Internationale zu stellen haben.

Jetzt kommt die dritte Stufe, die dritte Frage: unsere Verteidigungspolitik im Verhältnis zur Moral, zur Ethik, zur Bergpredigt. Viele berufen sich bei der Ablehnung unserer Verteidigungspolitik auf die Bergpredigt. Wir begrüßen ausdrücklich – das hat der Bundeskanzler heute morgen gesagt; ich wiederhole es – das Wort der katholischen Bischöfe zum Frieden und auch das Friedenswort, die Denkschrift der Evangelischen Kirchen Deutschlands (EKD).

Die Bergpredigt – das sollte unbestritten sein – ist zunächst einmal eine persönliche Herausforderung an jeden einzelnen. Wenn alle Völker, wenn alle Menschen, wenn alle Staaten auf der Welt nach den Regeln und den Postulaten der Bergpredigt lebten, bräuchten wir in der Tat keine Waffen. Aber wir leben ja nicht in einer solchen Welt, und es gibt viele, die sagen, das Evangelium hat uns eine solche Welt auf dieser Erde noch nicht einmal verhelben. Wir müssen dafür arbeiten. Aber es ist auch eine christliche Existenz, eine reale Wahrheit, daß das Böse existiert; nicht nur im einzelnen Menschen, zwischen einzelnen Menschen, sondern auch zwischen Völkern und Staaten.

Deswegen gehört es auch zur Erfüllung des Gebotes der Nächstenliebe, unrechte Gewalt von anderen Menschen fernzuhalten.

Das haben wir in unserer Berliner Erklärung so gesagt. Die Bischöfe haben dazu in ihrem Hirtenwort klare Aussagen gemacht. Wir dürfen nicht blind sein gegenüber dem Unrecht und dem Bösen auf der Welt.

Der einzelne mag für sich auf Gewalt verzichten, der Staat aber hat die Pflicht – ich zitiere die Bischöfe –, die Rechtsordnung im Innern ebenso zu schützen wie die Existenz und Freiheit eines Volkes gegen Aggression und Erpressung von außen. Besser kann man die Aufgabe des Staates und auch die Ethik der Abschreckung nicht formulieren.

Wer die Bergpredigt als schematisch anzuwendendes Gesetz mißversteht, kann beim Gegenteil dessen landen, was Jesus Christus gewollt hat. Im Hir-

tenwort wird darauf hingewiesen, daß in der Bergpredigt das Wort steht: Leiste dem, der euch Böses antut, keinen Widerstand. Aber was soll das heißen? Heißt das z. B. – jetzt frage ich viele in der Friedensbewegung –, daß man als Christ die strukturelle, die staatliche, die diktatorische Gewalt in lateinamerikanischen Gewaltstaaten akzeptieren soll? Hätte sich ein Katholik in Nicaragua mit dem Gewaltssystem von Somoza wehrlos und verteidigungslos abfinden müssen? Heißt das, daß man Unrecht einfach widerstandslos hinnehmen darf? Natürlich nicht, vor allem nicht, wenn man für andere Verantwortung trägt.

Die Bischöfe weisen zu Recht darauf hin, indem sie sagen: „In seinem“ – nämlich in Jesu Christi – „Namen haben Christen um der Nächstenliebe willen zugunsten von Armen, Schutzbedürftigen und Entrechteten deren Unterdrückern wirksam entgegenzutreten.“

Ich wiederhole das, was der Parteivorsitzende heute morgen gesagt hat: Rechtsordnung ist Friedensordnung zum Schutz der Schwachen, der Freiheit und der Menschenrechte.

Wir haben Respekt vor jedem, der von der Bergpredigt zum Pazifismus kommt. Wir sollten nicht verkennen, daß auch die Christlich Demokratische Union Wurzeln im christlichen Pazifismus hat. Wir müssen uns aber jenen widersetzen, die aus der Bergpredigt nur das herauslesen, was ihnen politisch in den Kram paßt.

Wir halten es für unglaublich, wenn Ostermarschierer Abrüstung fordern und gleichzeitig Geld für Waffen in El Salvador sammeln. Das ist unglaublich.

Franz Alt ist ein Mitglied der Christlich Demokratischen Union. Er gehört zu uns, wenngleich wir mit vielen seiner Thesen und Aussagen zur Außen- und Verteidigungspolitik nicht einverstanden sind. Er hat sich Ostern vor Ostermarschierern im Zeichen des Friedens auch für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt und ist dafür von den Ostermarschierern ausgepöffelt worden. Ich halte es für unglaublich, gegen Gewaltanwendung zu demonstrieren und Gewalt gegen ungeborenes Leben einfach hinzunehmen.

Wie steht es denn da mit der Wahrheit? Die halbe Wahrheit ist oft eine ganze Lüge. „Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin“. Das ist auch ein Zitat von Bertolt Brecht. Von diesem Zitat leben viele Pazifisten. Aber sie haben offenbar nie den ganzen Brecht und damit auch nie die ganze Wahrheit kennengelernt: denn das volle Zitat lautet: „Stell' Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin“. Und weiter heißt es: „Es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat“.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Abrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Diese Leute zitieren den halben Brecht, und sie leben die halbe Bergpredigt. Wer sich für Abrüstung und den Abbau von Gewalt in der Welt einsetzt, der darf eben auch nicht schweigen zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Beides gehört zusammen.

Die Bergpredigt hat natürlich auch für uns Konsequenzen. Wir können nicht glaubwürdig für Frieden und Abrüstung eintreten, ohne gleichzeitig die soziale Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt zu bekämpfen und den Hunger in der Welt zu lindern. Gerechtigkeit erst schafft Frieden. Und wir dürfen uns nicht zufriedengeben mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr Entwicklungshilfe leistet als der gesamte Ostblock zusammen.

Ich glaube, es ist richtig, daß dieser Parteitag, daß die Christlich Demokratische Union einmal den großen Werken der Nächstenliebe unserer Kirchen und anderer Organisationen den Dank ausspricht. Adveniat, Misereor, Brot für die Welt, dem Diakonischen Werk, der Caritas, dem Deutschen Roten Kreuz, ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir möchten auch den für die Entwicklungshilfe zuständigen Minister ermutigen, auch in der Zukunft die Entwicklungshilfe nicht nur unter dem Gesichtspunkt des nationalen Interesses, sondern auch im Dienste der Gerechtigkeit in der ganzen Welt einzusetzen.

Die Bergpredigt verlangt von uns allerdings, daß wir uns, in der Erkenntnis der Existenz des Unrechtes und des Bösen, selber freihalten vom Denken an Vergeltung, daß wir Konflikte friedlich lösen, die Zusammenarbeit auch mit dem Gegner anstreben und zu Verhandlungen und zu Verträgen immer bereit sind.

Ich behaupte auf dieser Basis und mit dieser Erkenntnis, daß ein Christ aus voller Überzeugung und im Geist der Bergpredigt ja sagen kann zu unserer Verteidigungspolitik, konkret auch zum NATO-Doppelbeschluß. Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, nach diesem Gesetz sind wir Christlichen Demokraten angetreten.

CDU-Regierungen haben für die Bundesrepublik Deutschland auf Gewalt und ABC-Waffen verzichtet. Der Westen hat immer wieder erste Schritte getan. Die

Vereinigten Staaten haben Anfang der 70er Jahre auf die allgemeine Wehrpflicht, später auf die Neutronenwaffe, auf den Langstreckenbomber B-1 verzichtet. - Die Reaktion der Sowjetunion ist bekannt: einseitige Aufrüstung statt Entspannung. Und selbst auf die über 300 SS-20-Raketen hat der Westen nicht sofort reagiert, sondern der Sowjetunion eine Besinnungspause gegeben. Wir wollen keine Raketen, weder SS-20 noch Pershing 2; aber wir dürfen den Frieden nicht durch Schwäche unsicher machen. Weder einseitige Aufrüstung noch einseitige Abrüstung sichern den Frieden.

Ich möchte hier noch einen eindeutigen und klaren Satz sagen, weil das ab und zu so im Zwielflicht gehalten wird: Wir Christlichen Demokraten wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Gleichgewicht, wir wollen stark sein, aber wir wollen keine militärische Überlegenheit. Wir wollen Abrüstung durch Verhandlungen. Und deswegen tun wir alles, wir leisten unseren Beitrag dazu, daß es einen Erfolg in Genf gibt.

Das Kernproblem in der moralischen Auseinandersetzung besteht darin, ob es moralisch erlaubt ist, Waffen, deren Anwendung zweifelsfrei unsittlich und unmoralisch wäre, zum Zwecke der Abschreckung bereitzuhalten und mit ihnen, mit ihrem Einsatz für den Fall eines Angriffs zu drohen. Wir haben es hier in der Tat mit einer moralischen Grenzsituation zu tun. Wir haben sie auch in anderen Situationen des menschlichen Lebens. Wie sieht diese Frage denn aus? Verzichteten wir auf die atomare Abschreckung, setzen wir Freiheit, Menschenrechte, Menschenwürde und selbst den Frieden aufs Spiel; denn es könnte sein, daß ein konventioneller Krieg dadurch wahrscheinlicher würde - eine gewiß unmoralische Konsequenz. Verzichteten wir nicht auf Abschreckung, müssen wir uns das Vorhandensein von Waffen entgegenhalten lassen, deren Anwendung mit Sicherheit unsittlich wäre. Das ist das Problem. Wir entscheiden uns in voller Erkenntnis dieser moralischen Grenzsituation und in der Abwägung der Werte und der moralischen Positionen; wir entscheiden uns für die Abschreckung, weil wir der Auffassung sind, daß gerade die Existenz dieser Waffen verhindert, daß

sie zur Anwendung gelangen. Das ist der eigentliche Grund.

Ich weiß und wir alle wissen: Dies ist für viele Menschen intellektuell und moralisch nur schwer erträglich. Aber um des Friedens willen bleibt uns zur Zeit keine andere Wahl als diese Strategie, allerdings verbunden mit dem Willen zu einer umfassenden Abrüstung.

Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, mit der moralischen Paradoxie der atomaren Abschreckung leben. Aber dies kann nicht unser letztes Wort sein. Wir dürfen uns nicht mit einer hochgerüsteten Welt abfinden.

Der Status quo ist nur in dem Maße moralisch erträglich, in dem wir alle Kraft aufbieten, um ihn zu überwinden.

Diese Paradoxie verpflichtet uns - so haben wir in unserer Berliner Erklärung vom 10. Mai 1982 beschlossen -, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen kann.

Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit, wenn wir so in diese geistige und politische Auseinandersetzung gehen, dann werden wir sie auch bestehen, und dann werden wir auch in der Zukunft Frieden und Freiheit bewahren.

Möglicherweise werden wir einen unruhigen Herbst bekommen. Jeder soll wissen: Wir sind zu jedem Gespräch bereit; aber wir werden vor keiner Gewalt zurückweichen. Es gibt kein Recht zum Widerstand gegen legitime parlamentarische Entscheidungen.

Und wo das Recht des Staates schweigt, triumphiert das Recht des Stärkeren. Wir werden Haß nicht mit Haß beantworten und Aggression nicht mit Feindschaft. Wir wollen keine Eskalation irgendeines Konflikts. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Demokratie auch diese Bewährungsprobe bestehen wird, genauso wie in den 70er Jahren, nicht als ein schwacher, aber immer als ein freiheitlicher Rechtsstaat. Wer die Freiheit nach außen schützen will, muß sie auch nach innen schützen. Und an die Adresse der sogenannten Friedensbewegung: Wer den Frieden will, muß das Friedensgebot auch im Innern praktizieren.